DIE STÜTZE

Journal *von* Behinderten *für* Behinderte und ihre Freunde

7+8/1992

April
3. Jahrgang

Preis: 4,00 DM
inklusive Porto

INHALT

Hinter den sieben Bergen	Seite 3
Behindertenbeauftragte der Landesregierung	Seite 7
Werkstätten für Behinderte	Seite 7
Positionspapier der „Grünen" Meckl./Vorp.	Seite 8
Es gibt keinen Zweck, der die Mittel heiligt...	Seite 10
Stasi und ABiD?	Seite 13
Standpunkt (Sachsen)/Erklärung (Leipzig)	Seite 15
Stellungnahme (Neubrandenburg)	Seite 16
Auf hohem Roß oder an den Thron gefesselt?	Seite 17
Ein Anruf/Enttäuschung	Seite 19
Das „Grüne Ungeheuerliche"	Seite 20
Schirmherrin - ja oder nein?	Seite 22
Unsere Ziele in die Öffentlichkeit tragen ...	Seite 24
Wundertierchen	Seite 30
ABiD-Schulungsplan 1992	Seite 32
Programmatik ohne Ende?	Seite 34
Der Programmentwurf - eine Regierungserklärung?	Seite 35
Programmentwurf - Auszüge	Seite 36
Programm konkret	Seite 39
Proteste, Demos, Diskussionen zum 5. Mai	Seite 40
Schreibaufruf	Seite 46
Reisen	Seite 47
Recht	Seite 48
Informationen	Seite 54
Aus den Ländern	Seite 59
Leserbriefe	Seite 60

Impressum

Verlag: UVA GmbH, PF 106, O-1040 Berlin
Herausgeber: ABiD (Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V. „Für Selbstbestimmung und Würde"), Am Köllnischen Park 6-7, O-1020 Berlin
Redaktion: Anke-C. Fröhlich, Marie-L. Hirsch, Anna-K. Jung, Dörthe Kränke, Birgit Malchow
Anschrift Redaktion: Rodenbergstr. 3, O-1071 Berlin
Bildnachweis: W. Klein, B. Malchow, H.-P. Schulze
Redaktionsschluß: 21.4.1992

Satz: PENCIL Text-, Satz- und Korrekturbüro
Druck: Sander & Sander • 1071 Berlin
ISSN: 0863-4157
Erscheinungsweise: zweimal monatlich oder eine Doppelausgabe

DIE STÜTZE versteht sich als ein Angebot zum schöpferischen Meinungsstreit. Wir veröffentlichen also auch Artikel, die nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.
Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte.

Birgit Malchow

Bonn-Report oder: Hinter den sieben Bergen ...

Bonn liegt wirklich hinter sieben Bergen. Die Alteingesessenen erzählen, daß sieben Riesen diese Berge geschaufelt haben. Auch kleinere Hügel gibt es ringsum. Die sollen ebenfalls von den Riesen sein, aber nicht geschaufelt - der größte heißt Riesenschiß. Die Alten erzählen auch, wie ihr verträumtes Städtchen einst Hauptstadt wurde. Anno 49 hatte Frankfurt am Main das Rennen eigentlich schon gemacht, da intervenierte Adenauer und bestand auf Bonn. Sein klein Häuschen stand im Nachbardorf. Nichts Menschliches ist uns fremd.

Deshalb gibt es in gutgehenden Bonner Restaurants auch den „Kanzlerteller": Saumagen, Leberknödel und Sauerkraut. Alles für schlappe 18 Mark, inklusive Mehrwertsteuer!

Bonn hat eine ausgebaute Infrastruktur mit U-Bahn, welche stolz auf ganze sechs unterirdische Stationen verweist. Hinzu kommt die Straßenbahn, zwei Linien. Weltstadt pur!

Zu reden wäre natürlich noch von der Harribo-Industrie, von Köllschem Bier, wozu der Berliner Weiße-Verschnitt sagen würde, von manch anderen Bonner Eigenheiten. Doch Bonn ist nur Einleitung, besser Einstimmung, in einen Bericht über eine höchst offizielle Besuchsfahrt zum Noch-Regierungssitz am Rhein.

ABiD-Präsident und Bundestagsmitglied Dr. Ilja Seifert kann, wie alle anderen Abgeordneten, auf Kosten des hohen Hauses einmal pro Jahr fünfzig Leute aus seinem Wahlgebiet einladen, damit jene sich eine Bild von „ihrem Mann in Bonn" und von dem bürgerlichen Rechtsstaat live machen können. Das tat er, und Mitte März fuhren zwei voll besetzte Busse von Berlin nach Bonn. Schon äußerlich fiel die Seifert-Besuchergruppe auf. Neun Rollstuhlfahrer gleichzeitig im Bundestag sind nicht so häufig, hinzu kamen sehbehinderte Mitreisende und als absolutes Novum drei Behinderten-Begleithunde, welche auch während der langen Diskussionen nicht vom Rollstuhlrad ihres Herrn wichen.

Begrüßung im Bundeshaus

Wie sollte die nicht freudig ausfallen, wo doch auf einen Schlag gleich fünfzig Bekannte aus Berlin auftauchten. Bundestagsmitglied Seifert stand Rede und Antwort zu seiner Arbeit in den Ausschüssen für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie für Post- und Telekommunikation, zu seiner Tätigkeit als Behindertenbeauftragter der PDS-Fraktion. Werner Klein vom Allgemeinen Blindenverein fragt nach Sonderwohngeldregelungen für Behinderte, insbesondere Rollstuhlfahrer, da sie ja einen größeren Platzbedarf hätten. Ilja Seifert:"Die jetzige gesetzliche Regelung ist zum Nachteil der Rollstuhlfahrer. Ein entsprechender Änderungsvorschlag im Bundestag allein bringt jedoch erfahrungsgemäß eine Ablehnung. Auch um hier etwas zu ändern sind außerparlamentarische Aktionen notwendig. Viele Briefe, Petitionen und ähnliche Aktivitäten von Betroffenen können das Problem dem Bundesbauministerium deutlich machen."

Hans Wolff, Kokas e.V., schlägt vor, doch gleich eine bestimmte Anzahl von Wohnungen barrierelos für Gehbehinderte zu bauen. Ilja Seifert dagegen will mehr: „Und wie komme ich zu meinen Freunden in den vierten Stock? Sollen die mich hochschleppen? Gar nicht zu reden davon, daß ich meinen Stolz habe und mich nicht hochschleppen lassen will! Gut, für den Anfang wären zehn Prozent behindertengerechte Wohnungen ja wirklich ein Fortschritt. Aber das Ziel muß barrierefreies Bauen überhaupt sein, nicht bloß beschränkt auf öffentliche Gebäude."

In den Ministerien

„Eins ist mir hier klar geworden. Die Regierenden ziehen uns nicht aus dem Dreck. Das können die gar nicht. Die Bonn-Reise hat die letzten Illusionen beseitigt, die ich noch hatte", soweit das Urteil von Hans-Uwe Lengfeld, Lichtenberger Behindertenklub, nach dem Besuch von drei Ministerien, des Bundestages und des Informationsamtes. Regina Stephan aus dem gleichen Klub: „Gut finde ich, daß uns diese Fahrt nach Bonn ermöglicht wurde. Die Bereitschaft der meisten von unseren Gesprächspartnern zu helfen, muß man anerkennen. Manche Antworten haben mich allerdings traurig, manchmal sogar wütend gemacht." Claudia Foest, Rolli-Fahrerin aus Lichternberg: "Ich habe nicht den Eindruck, daß die Kritiken, die wir hier angebracht haben, irgend etwas ändern werden."

Die Gruppe hatte bei den Bonner Regierungsstellen alles erlebt: sowohl interessierte Zuhörer und kompetente, nützliche Aus-

künfte als auch Gleichgültigkeit für die Probleme der Ossis, bloße Selbstdarstellung, aggressive Reaktionen auf Fragen.

Arbeitsministerium

Am besten schnitt der Besuch im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung ab. Elgine Weber, Behindertenbeauftragte im Friedrichshain:"Da hat man gemerkt, daß ein Ossi vorn stand. Es war ein informatives Gespräch." „ Jetzt weiß ich, wie ich zu einem Behindertenauto kommen könnte, und daß ich 20 Jahre meines Versicherungsbeitrages voll machen muß. So klar habe ich das noch nirgendwo erfahren", berichtet Evelyn Jordan, Rollstuhlfahrerin aus Lichtenberg nach dem Besuch des Ministeriums.

Bauministerium

Für 13 Millionen Mark des Steuerzahlers wurde unlängst das Bauministerium restauriert. Stolz präsentierte ein Ministerialrat den Festsaal des Hauses, an dessen Decke reines Blattgold prangt. Die Rollstuhlfahrer der Gruppe konnten seine Begeisterung nicht teilen. Weder an einen Aufzug, in den auch E-Rollis passen, noch an eine Behindertentoilette war während der aufwendigen Rekonstruktionsarbeiten gedacht worden. Und das im Bauministerium!

Wie soll sich da barrierefreies Bauen bundesweit durchsetzen?

Für die meisten blieben auch die Antworten auf die Fragen unbefriedigend. Jörg Stephan vom Behindertenklub Lichtenberg: „Die haben genauso um den heißen Brei herumgeredet wie bei uns früher die Leute oben." Auch Elgine Weber bezweifelte, daß die Herren vom Bauministerium die Probleme von Rollstuhlfahrern mit objektiv größerem Platzbedarf in ihren Wohnungen, von Behindertenvereinen mit unbezahlbar hohen Raummieten verstanden hatten.

FuS

Das dicke Ende kommt gewöhnlich zum Schluß. Es kam im FuS, Ministerium für Familie und Senioren, der letzten Station des Besuchsprogramms. „Ich halte es mit den Behindertenverbänden, die in den alten Bundesländern gewachsen sind", erklärte kategorisch der Referent Dr. Hil. Er habe die neuen Bundesländer bereist und die Mißstände in der Betreuung behinderter Bürger mit Entsetzen gesehen. Und da soll er mit einem Ex-DDR Verband zusammenarbeiten? Einwände der Zuhörer, daß der ABiD sich ja gerade zur Wendezeit gegründet hat, um gegen diese Mißstände mit geeinter Kraft der Behinderten anzugehen, überhörte Dr. Hil geflissentlich. Er betonte, daß er extra Behindertenverbände in den alten Bundesländern gefragt habe, und diese hätten dringend von einer Zusammenarbeit mit dem ABiD abgeraten... Kunststück, die wollen ja nicht den Verband, sondern nur seine Mitglieder.

Den Neubundesländlern traute Dr. Hil insgesamt nicht allzuviel zu. Die Anwesenden, darunter Behinderte mit multipler Sklerose, wurden von Dr. Hil belehrt, daß ein Mensch mit multipler Sklerose behindert ist, und gefragt, ob sich eventuell „der Begriff Wohngeld schon bei den Ossis herumgesprochen hat".

Dr. Hil sprach viel von Arbeitsplätzen für Behinderte im öffentlichen Dienst. Als er um Auskunft gebeten wurde, wieviel der 220 Mitarbeiter des Ministeriums denn Behinderte seien, antwortete er:„Eine abschließende Zahl haben wir noch nicht errechnet."

„Daß so ein Herr einen hohen Posten in einem Ministerium bekleidet, ist einfach eine Katastrophe", schätzt Hans Wolff von Kokas e.V. nach dem Gespräch ein. Hans-Uwe Lengfeld: „Eine unglaubliche Ignoranz

gegenüber den Behinderten in den neuen Bundesländern kam da durch." Ivo Klauck vom Verband für Behinderten-Begleithunde: „Ich hatte nicht erwartet, daß ein Beamter des Bundes sich politisch so sichtbar positioniert."

Im Bundestag

„Am interessantesten fand ich unseren Besuch im Theater", meinte Jörg Stephan während der Busfahrt und erntete erstaunte Blikke. An eine solche kulturelle Einlage konnte sich keiner erinnern. Jörg grinst verschmitzt:"Na, im Bundestag!" Regine Stephan hingegen fand diese Vorstellung ziemlich deprimierend."Was ich im Fernsehen schon immer gesehen hatte, hat sich hier für mich bestätigt. Es ist eine unglaublich laxe Haltung, die die meisten Abgeordneten zur Schau stellen. Dabei geht es um Gesetze für ein ganzes Volk. Wenn ich mir überlege, daß auf diese Art und Weise auch über unsere Renten abgestimmt wurde, da wird mir richtig schlecht."

Fazit

„Das Beste an dieser Reise war unsere Gruppe", resümiert Elgine Weber. „Es gab so viele Gespräche mit den anderen Berliner Behinderten, so viele neue Denkanstöße." Eveline Jordan: „Schlauer bin ich hier auf jeden Fall geworden, die Reise war außerdem gut organisiert, das Programm gründlich vorbereitet." Jörg Stephan ist auch zufrieden:"Hier haben wir die Mechanismen der Macht näher kennengelernt, zumindest bekamen wir einen Eindruck von deren Strukturen." Harri Gehrmann, Kokas e.V., hebt hervor:„In unserer Gruppe wurden die Behinderten nicht von den anderen an die Wand gedrückt. Die Atmosphäre hat mir sehr gefallen."

Guntram Hoffmann

Behindertenbeauftragter der Landesregierung

In einem ausführlichen Schreiben von Anfang Dezember 1991 an den Ministerpräsidenten, Professor Dr. Münch, Sachsen-Anhalt, sprach sich der Behindertenkreisverband Weißenfels für die dringende Berufung eines Behindertenbeauftragten der Landesregierung aus, der nicht dem Sozialminister unterstellt sein soll, sondern dem Ministerpräsidenten selbst - was sich aus der Komplexität der Aufgaben ergibt.
Mögliche dringende Aufgaben wurden konkret benannt, so z.B. die Erarbeitung von Vorlagen zur Verbesserung der Situation Behinderter, eine umfassende Einflußnahme auf die Gesetzgebung bei Beachtung der Bedürnisse Behinderter oder die Zusammenarbeit mit Hauptfürsorgestellen und Versorgungsämtern sowie den Behindertenbeauftragten der Landkreise und Bundesregierung.
Dieses Anliegen findet im ABiSA Unterstützung.
Vor kurzem erreichte uns die Antwort der Staatskanzlei.
Daraus geht hervor, daß dieses Thema bereits mehrmals in der Landesregierung behandelt wurde, aber noch keine abschließende Meinungsbildung erfolgte. Es wird darauf verwiesen, daß in den alten Bundesländern nur vier Behindertenbeauftragte bestellt sind. Die Praxis zeige, so meint man, daß alle Aufgaben durch das Ministerium für Arbeit und Soziales abgedeckt seien. Es stelle sich die Frage, so der Beauftragte des Ministerpräsidenten, welche Kompetenzen dem Behindertenbeauftragten übertragen werden - und die Antwort ging eigentlich aus unserem Schreiben hervor. Seine Kompetenzen sind beratender, vorschlagender und kontrollierender Natur.
Geschickt wird in dem Schreiben verschwiegen, daß (wie mir bekannt) bereits in zwei der neuen Bundesländer Behindertenbeauftragte wirken. Ebenso stellt sich die Frage, wie die klaffende Lücke zwischen Beauftragten der Bundesregierung und der Landkreise zu schließen ist, wo doch gerade vieles auf Landesebene abzuklären sein wird.
Man kann nur hoffen, daß ein endgültiges Wort noch nicht gesprochen ist und Betroffene auf möglichst vielfältige Weise an diesem Anliegen weiter arbeiten.

Dr. Erich Tischer

Werkstätten für Behinderte

In seinem Aufsatz „Berufliche Eingliederung Behinderter" beschäftigt sich Walter Rieß, leitender Verwaltungsdirektor der Bundesanstalt für Arbeit, auch mit der Situation der Werkstätten für Behinderte (WfB). In den neuen Bundesländern wurden bislang 220 Werkstätten durch die Bundesanstalt für Arbeit - befristet bis 31.12.1991 - anerkannt. Sie verfügen derzeit über etwa 15 000 Plätze für Behinderte.
Diese Aufrechnung allein zeigt bereits, daß es in den nächsten Jahren zu einer Umstrukturierung in quantitativer und qualitativer Hinsicht kommen muß. Die Relation Anzahl WfB zur Anzahl der Plätze wird sich den Verhältnissen in den alten Bundesländern anpassen (400 Werkstätten mit rund 120 000 Plätzen). So ergibt sich rechnerisch für die neuen Bundesländer ein Bedarf von etwa 30 000 Plätzen.
(Quelle: Behindertenrecht, 6/91)

Wir möchten uns an der Auseinandersetzung um soziale Probleme beteiligen und geben den STÜTZE-Lesern einige programmatische Aussagen zur Behinderten- und Sozialpolitik aus unserer gegenwärtigen Diskussion zur Kenntnis.

Positionspapier der Landesarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik/Soziales - „Die Grünen" Mecklenburg/Vorpommern

Das geistige und körperliche Wohlbefinden zählt zu den grundlegenden Menschenrechten. Es steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Grundrecht auf eine saubere Lebensumwelt, auf Arbeit, auf eigene Wohnung und auf kostenlose gesundheitliche sowie auf soziale Betreuung bei eintretender Invalidität oder im Alter. Die behinderten Bürger, die Alten, aber auch Kinder und Frauen, sind von der Umweltzerstörung und den sich ständig verschlechternden Lebensbedingungen in besonderem Maße betroffen. Wir fordern das Grundrecht eines jeden Bürgers auf den Erhalt seiner natürlichen Lebensumwelt.

Wir sind für die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips auch bei Gesundheitsschäden, die dem Bürger durch Umweltbelastungen entstanden sind.

Wir treten dafür ein, daß „umweltgeschädigte" Bürger und vor allem geschädigte Kinder umfassende ärztliche Betreuung, umfangreiche materielle Hilfen und kostenlosen Rechtsschutz erhalten.

Dem Aufbau eines bedarfsdeckenden Angebotes von Gesundheits- und Sozialeinrichtungen Mecklenburg/Vorpommerns ist höchste Priorität einzuräumen.

Wir fordern Landeszuschüsse für die Kommunen zum Aufbau und zum Erhalt eines vielseitigen Angebotes von Gesundheits- und Kindereinrichtungen und sozialen Einrichtungen, vor allem zur Altenbetreuung und zur Sicherung selbständigen Lebens von schwerbehinderten Bürgern. Durch selbstbestimmtes und aktives Leben statt durch Ausplünderung, Ausgrenzung und Abschiebung in Alten- und Pflegeheime, soll der Lebensabend der älteren Bürger bestimmt sein.

Schwerbehinderte Bürger müssen die Möglichkeit erhalten, ein selbstbestimmtes Leben in der Gesellschaft zu führen. Deshalb fordern wir Landesförderung und Landeszuschüsse für den Aufbau eines flächendeckenden sozialen, ambulanten Versorgungssystems in Mecklenburg/Vorpommern.

Eine einseitige Begünstigung und vorrangige finanzielle Unterstützung von Bundeswohlfahrtsverbänden lehnen wir jedoch ab. Wir sind für die bevorzugte Förderung alternativer Sozialträger, vorrangig von Verbänden und Vereinen, in denen sich Betroffene selbst organisieren.

Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben bleibt die finanzielle Absicherung. Niemand darf durch Krankheit, einen Unfall oder durch sein Alter zum Sozialfall oder Bittsteller degradiert werden.

Wir fordern einen Rechtsanspruch auf eine existenzsichernde Mindestrente und Pflegegeldgewährung nach dem Gesundheitszustand, unabhängig vom Einkommen und Vermögen durch ein steuerfinanziertes Bundesleistungsgesetz.

Die „Grünen" Mecklenburg/Vorpommerns setzen sich für eine Sozialpolitik ein, die sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiert.

- Wir fordern ein Antidiskriminierungsgesetz als Bestandteil der Landesverfassung, um die Benachteiligung von Behinderten, Alten und Frauen gesetzlich auszuschließen.

- Wir sind dafür, daß öffentliche Landesmittel nicht für Investitionen verwendet werden dürfen, die Behinderte und Alte ausgrenzen.

- Wir fordern ein Gesetz, das barrierefreies Bauen zwingend vorschreibt.

- Wir wenden uns gegen den Neubau von Alten- und Pflegeheimen und wollen mehr Mittel aus dem Landeshaushalt für mobile soziale Hilfs- und Fahrdienste.

- Wir fordern, daß Alters- und Invalidenrentner in Heimen Mecklenburg / Vorpommerns für eine Übergangszeit bis 1995 maximal mit 50 Prozent der Monatsrente an den Heimkosten beteiligt werden. Die derzeitige Anrechnung von Heimkosten auf die Ersparnisse lehnen wir als stille Enteignung des Lebensarbeitsvermögens ab.

- Wir wollen, daß Schwerbehinderte, die in Alten- oder Pflegeheime abgeschoben worden sind, die Möglichkeit erhalten, wieder in einer eigenen Wohnung zu leben. Die Kosten für die Einrichtung der Wohnung sind hierbei vom Sozialamt zu übernehmen.

- Wir fordern, daß Pflegegeld und „Hilfe zur Pflege" den Betroffenen bar ausgezahlt werden und keiner Anwendungseinschränkung unterliegen. Der Betroffene muß selbst entscheiden dürfen, w e r, w a n n, w o die Hilfeleistung erbringt.

- Wir treten für die sofortige Übernahme der Schwerbehindertengesetze der BRD ein und fordern die sofortige Überführung der Schwerbeschädigtenausweise in Mecklenburg / Vorpommern nach Aktenlage ohne entwürdigende Nachattestierungsverfahren.

- Wir fordern die Gleichstellung der Kriesgopfer und Kriegsgefangenen in Ost- und Westdeutschland. Wir fordern für Mecklenburg / Vorpommern eine Kriegsopferentschädigung ab 1945.

- Wir sind für Lohnausgleichzahlung bei Arbeitsausfall für Eltern behinderter Kinder, wenn er durch notwendige Pflege verursacht wurde.

- Wir wollen, daß Betreuungszeiten für Werktätige, die pflegebdürftige Familienangehörige versorgen und vorübergehend nicht arbeiten können, auf die Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung angerechnet werden.

Dr. Ilja Seifert

Es gibt keinen Zweck, der die Mittel heiligt oder Geschichte und das eigene Leben sind konkret oder Erfahrungen ändern Einsichten und Ansichten

Nach meinem derzeitigen Verständnis war das MfS ein Organ, über das - neben der Aufklärung und Abwehr von Angriffen auf die DDR (und damit den „real existierenden Sozialismus") - Informationen über die tatsächliche Situation und wirkliche Stimmung im Lande (relativ) ungefiltert und ungeschönt an die „Partei- und Staatsführung" gelangten.

Deshalb hatte ich, als man mich 1980 ansprach, mit einem MfS-Angehörigen etwas für die „gemeinsame Sache" zu tun, keine Einwände. Daß auch derartige, ungeschönte Meinungsbilder keinen Einfluß auf die Entscheidungen der damals Verantwortlichen Politbürokraten hatten, wußte ich noch nicht. Ich verband mit meiner Verpflichtung, über diese Kontakte Stillschweigen zu bewahren, zu keinem Zeitpunkt den Gedanken, persönliche Vorteile für mich zu erzielen oder gar persönliche Nachteile für andere zu erwirken. Derartiges lag außerhalb meines Vorstellungsvermögens. Enthüllungen über erpreßte oder erkaufte Zusammenarbeit mit dem MfS öffneten mir die Augen darüber, daß geheimdienstliche Tätigkeit im Prinzip unabhängig vom vorgegebenen - immer edlen, positiven - Ziel in jedem politischen System nach ähnlichen Grundmustern abläuft. Allein diese Erkenntnis reichte aus, daß ich seitdem jede Art geheimdienstlicher Tätigkeit zumindest als moralisch verwerflich ansehe. Es gibt für mich keinen Zweck mehr, der alle Mittel heiligen würde.

Aufmerksam geworden war man auf mich offenbar durch die Bewerbung meiner damaligen Frau beim Dienstleistungsamt für ausländische Vertretungen. Besonderes Interesse erregte unser guter Kontakt zu nordkoreanischen Kommilitonen. Diesen aufrecht zu erhalten und möglichst auszubauen, um frühzeitig über eventuelle Veränderungen in den Beziehungen zwischen der DDR und Nordkorea informiert zu sein, war gewünscht. Mein Wirken in dieser Richtung war ohne Ergebnis.

Vielleicht um den geringen Nutzen dieser Kontakte zu kompensieren, fragte man mich auch nach Personen aus dem Kollegen- und Bekanntenkreis, von denen ich annahm, daß auch sie möglicherweise bereit wären, dem MfS bei seiner Arbeit behilflich zu sein. Im Sinne meines o.g. Verständnisses für die Funktion dieses Ministeriums gab ich entsprechende Einschätzungen ab, die - wie auch die Gauck-Behörde feststellte - in keinem Fall denunziatorischen Charakter trugen.
Aus heutiger Sicht würde ich nicht mehr

so handeln. Denn damit ist unweigerlich die Gefahr verbunden, daß sich ein Geheimdienst immer weiter aufbläht und so immer weniger durchschau- und berechenbar wird.

Im Zusammenhang mit meinen dienstlichen Obliegenheiten im Berliner Haus für Kulturarbeit, wo ich in Vorbereitung der 750-Jahr-Feier der Stadt für Volkskunstkollektive und die Kulturarbeit Berliner Traditionen aufbereiten sollte, nutzte ich die Möglichkeit, als Invalidenrentner privat nach Westberlin zu reisen und dort in öffentlichen Bibliotheken zu lesen. Es lag in meinem persönlichen Anspruch begründet, den kulturpolitischen Gegenstand wissenschaftlich möglichst umfassend zu begreifen. Inhaltlich befaßte ich mich beispielsweise mit Berichten über die 700-Jahr-Feier Berlins, die die Nazis 1937 ebenfalls zu propagandistischen Zwecken mißbrauchten. Auch über meine diesbezüglichen Erkenntnisse informierte ich.

Meine Absicht war, eine historisch möglichst gerechte, an den Bürgerinteressen orientierte und nicht pompöse Feier 1987 vorbereiten zu helfen. Bekanntermaßen fand statt dessen eine selbstbeweihräuchernde Jubelfeier statt, die noch dazu unter dem Konkurrenzsyndrom zur West-Berliner Feier litt.

Ohne daß ich das zunächst als eine erwähnenswerte Veränderung zur Kenntnis nahm, wurde das fast schon „eingeschlafene" Kontaktverhältnis Mitte der 80er Jahre wieder aufgefrischt. Von da an nutzte das MfS - nach den Unterlagen viermal - meine Telefon. Zu einem Zeitpunkt, der mir kurz vorher mitgeteilt wurde, rief von irgendwoher jemand an und fragte nach irgendwem. Ich hatte zu antworten, daß derjenige nicht hier wohnt oder nie hier gewohnt hat. Aus den Unterlagen ergibt sich, daß mein Telefon als Decktelefon durch eine Person aus Österreich genutzt wurde, und ich über die Hintergründe nicht informiert war.

Als ich dem MfS im Dezember 1987 mitteilte, daß ich geschieden bin, bestand keine Interesse mehr an weiteren Kontakten mit mir. Ich unternahm keinen Versuch, sie wieder aufleben zu lassen.

Nachdem ich mich schon in der freigewählten Volkskammer überprüfen ließ (was in meinem Falle offenbar wegen Unerheblichkeit kein Ergebnis brachte), stimmte ich im Septembver 1991 einer erneuten Überprüfung aller PDS/LL-Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu, obwohl mir klar war, daß nunmehr jedwede Eintragung unweigerlich zu einer öffentlichen Anprangerung führen würde.

Ich scheue die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und dem MfS-Erbe nicht. Allerdings halte ich das öffentlich herrschende Klima einer undifferenzierten, ja diffamierenden Kriminalisierung jedweden MfS-Kontaktes für denkbar ungeeignet, eine historische Wertung voranzubringen, die ihren Nutzen auch für die Gegenwart hat. Die allgemeine Geschichte ist nun einmal - wie das eigene Leben - konkret und verläuft nicht auf einer glatten Straße, sondern auf vielfach verschlungenen Pfaden. Und die Erfahrungen, die auf diesen Wegen - die sich kreuzen können oder die zeitweise im Kreise verlaufen, die in Sackgassen enden und auch rückläufige Strecken haben -

gesammelt werden, diese Erfahrungen verändern meine Einsichten und meine Ansichten, sie bringen mich zu fundierteren Erkenntnissen.

Für mich jedenfalls läßt meine eigene und die Geschichte meines ehemaligen Staates sowie meiner politischen Partei und sogar die des jetzigen Staates, in dem ich lebe, in diesem Punkte keinen anderen Schluß zu, als Geheimdienste in jeglicher Form abzulehnen. Sie befriedigen ein übersteigertes Sicherheitsbedürfnis und korrumpieren Menschen.

Ich finde in meiner Biographie viele Momente, die selbstkritisches Herangehen erfordern, aber keine, die meine Tätigkeit im Deutschen Bundestag ausschließen.
Mein Engagement in der Politik für eine differenzierte Aufarbeitung der gesamtdeutschen Geschichte, für die Lösung sozialer und ökologischer Probleme unter besonderer Beachtung der Interessen von Menschen mit Behinderungen in ganz Deutschland und unter Einbringung gerade der spezifischen Stärken dieser „Schwächsten der Gesellschaft" möchte ich nach besten Kräften auch künftig fortsetzen.

ANMERKUNG

Am 15.2.1992 wurde dieser Text gemeinsam mit einer Erklärung der PDS/LL-Bundestagsgruppe - die meine Entscheidung zur Beibehaltung des Mandats respektiert - in Bonn der Presse übergeben. Da die Überprüfung bei der Gauck-Behörde unter Bezugnahme auf meine Abgeordnetentätigkeit erfolgte, beschränkte ich diese Veröffentlichung zunächst auch nur darauf.

Unbeschadet dessen haben selbstverständlich die ABiD-Mitglieder das gleiche Recht auf Information und Diskussion. Deshalb bitte ich DIE STÜTZE, diese Erklärung zu verbreiten. Den ABiD-Vorstand hatte ich am 7.12.1991 über meine Kontakte zum MfS informiert. Hinsichtlich meiner Aufgaben als ABiD-Präsident fühle ich mich an das Votum der Verbandstagsdelegierten gebunden. Ich bitte die ABiD-Mitglieder, sich öffentlich dazu zu äußern.

Vor dem ABiD stehen große Aufgaben: Kampf um ein Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen sowie ein steuerfinanziertes Pflege-Assistenz-Gesetz, weiterhin die Vorbereitung des europaweiten Aktionstages am 5. Mai 1992 und die Festigung und/oder Herstellung von gleichberechtigten Beziehungen zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen, die Stabilisierung des ABiD und der STÜTZE, die tägliche Arbeit an der Basis, unsere Projekte, der Kampf um Arbeitsplätze und vieles mehr.

Diesen inhaltlichen Fragen möchte ich meine Kraft widmen.

Berlin, 16.02.1992

MEINUNGSSPEKTRUM

Im Heft 5+6/92 berichtete Michael Rüther, daß sich der ABiD-Gesamtvorstand auf einer außerplanmäßigen Gesamtvorstandssitzung mit der Thematik der inoffiziellen Mitarbeit seines Präsidenten und MdB Dr. Ilja Seifert für das ehemalige MfS befaßte.

Die Basis hat sich zu Wort gemeldet.

Persönliche Stellungnahmen, aus mehrheitlicher Position zusammengefaßte Standpunkte, Meinungen und Schlaglichter - ein kontroverses Meinungsbild hat sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt gefügt.

Ralf Grabow/Alrun Jerichow

Stasi und ABiD ?

Die Stasi-Diskussion ist über unseren Verband gekommen. Wir wollen ihr nicht ausweichen, aber sie soll uns auch nicht von unseren Hauptaufgaben ablenken, und sie soll unseren Verband nicht entzweien. Die Überprüfung der Gauck-Behörde für den Bundestag belastet den Präsidenten unseres Verbandes. Er war Kontaktperson für die Staatssicherheit, 1980 bis 1983 und 1985 bis 1987. Keine Denunziation, sagt die Gauck-Behörde, aber Auskünfte und Bereitschaft zur Zusammenarbeit.
Ilja Seifert wird nicht der einzige in unserem Verband sein mit einer entsprechenden Vergangenheit. Ein Drittel der DDR-Bevölkerung - wenn man den Angaben glauben will - war auf irgendeine Weise mit dem Ministerium für Staatssicherheit verquickt.
Darum sollten wir das Problem für unseren Verband vom Grundsatz her aufarbeiten. Der Vorstand hat zu diesem Zweck den Vorsitzenden des Allgemeinen Behindertenverbandes in Mecklenburg/Vorpommern, Ralf Grabow, mit der Leitung einer Arbeitsgruppe beauftragt.

Sie soll für Mitglieder, ehrenamtliche Mitarbeiter und hauptamtlich Arbeitende folgendes klären:

1
Welche Bedeutung hat ihre mögliche oder tatsächliche Stasi-Vergangenheit für den Allgemeinen Behindertenverband in Deutschland? Dürfen Betroffene im Verband noch wirksam werden - generell oder auf bestimmten Ebenen?

2
Sollte man sie ausgrenzen als Zugeständnis an die Öffentlichkeit? Hängt die Wirksamkeit oder gar die Überlebens-Chance unseres Verbandes von einer solchen Entscheidung ab?

3
Kann es sich unser Verband leisten „Selbstbestimmung und Würde" jedem Menschen zuzugestehen oder muß er Abstriche machen, um diese Forderung wenigstens für Menschen mit Behinderung verwirklichen zu können? Oder haben Menschen, die auf irgendeine Weise mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet haben, den Anspruch auf Würde ohnedies selbst verwirkt?

4
Wie denken darüber diejenigen, die von der Staatssicherheit bedrängt worden sind, wie diejenigen, die mit ihr oder für sie gearbeitet haben, wie diejenigen, die in keiner Weise selbst betroffen sind?

Wir suchen eine Entscheidung auf demokratischer Grundlage. Jedem wird es unser Verband nicht recht machen können. Mitglieder und Freunde des ABiD, helft der Arbeitsgruppe, eine grundsätzliche Stellungnahme des Verbandes vorzubereiten. Teilt Eure Meinung mit - als kollektive Äußerung oder als Einzelmeinung.

Anschrift
Ralf Grabow
Mitglied des ABiD-Vorstandes
Haus am Köllnischen Park 6-7
O-1020 Berlin

MEINUNG

des Vorstandes des Behindertenverbandes Thüringen e. V.

Es herrscht Einstimmigkeit darüber, daß Dr. Ilja Seifert nicht vorfristig zurückzutreten hat. Bis zum Verbandstag - und damit der endgültigen Klärung - ist das Präsidentenamt von ihm weiterzuführen.

Beschluß des Gesamtvorstandes des ABiD vom 21.03.1992

Einberufung des 3. (außerordentlichen) Verbandstages zum 20. Juni 1992 nach Berlin

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Bericht des Vorstandes des ABiD
3. Bericht der Revisionskommission des ABiD
   Antrag der RK auf Entlastung des Vorstandes
4. Diskussion über die Berichte
5. Bestätigung der Berichte und Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes
6. Bericht, Diskussion und Beschlußfassung über notwendige Veränderungen der Satzung des ABiD
7. Standpunktbildung zum steuerfinanzierten Pflege-Assistenz-Gesetz
8. Wahl
9. Sonstiges

Delegiertenschlüssel:
1 Delegierter auf 100 Mitglieder

STANDPUNKT

des Allgemeinen Behindertenverbandes Land Sachsen

1
95 Prozent der ABiD-Mitglieder schätzen die Arbeit von Ilja Seifert. Es wird aber betont, daß eine weitere Präsidentschaft Dr. Ilja Seiferts unter genannter Konstellation nicht angeraten sei.

2
Viele Mitglieder fühlen sich betrogen. Die Mitteilung über jene IM-Tätigkeit des Präsidenten ist für sie zu spät erfolgt.

3
Die meisten Mitglieder sind tolerant. Sie räumen jedem eine Chance ein, sich in die Behindertenbewegung einzubringen.

4
Die Mitglieder des Behindertenverbandes Leipzig sehen den Sachverhalt „IM Seifert" kritischer. (Ihre Stellungnahme folgt als nächster Beitrag, Red.)

5
Der Verband Marienberg ist dagegen, sich überprüfen zu lassen; das wurde auch von den Mitgliedern nicht verlangt. (Dieser Punkt ist auf die Forderung des Leipziger Verbandes bezogen, Red.)

6
Ein eindeutiges Votum der Mitglieder: Der ABiD muß unbedingt bleiben!

ERKLÄRUNG

des Vorstandes des Behindertenverbandes Leipzig e. V.

Uns erfüllt große Sorge um das weitere Schicksal des ABiD und seiner Mitgliedsverbände. Erst aus den Medien haben wir Kenntnis über die Tätigkeit von Dr. Ilja Seifert für das MfS erhalten. Das macht uns in hohem Maße betroffen, waren wir doch in der Annahme, daß sich die Tätigkeit von Dr. Seifert an der Spitze des ABiD auf Ehrlichkeit und Redlichkeit gründet. Diesbezüglich sind wir bitter enttäuscht worden. Mehrfach wäre für Dr. Seifert Gelegenheit gewesen, sich zu offenbaren. Da er dies nicht getan hat, ist für uns eine Situation des Vetrauensbruches entstanden, die nicht länger hingenommen werden kann.

An Spekulationen über die Handlungsmotive von Ilja Seifert werden wir uns nicht beteiligen. Jeder von uns hat seine Biographie, der er sich stellen muß. Gerade deshalb fordern wir:

1
Dr. Ilja Seifert möge sofort von seiner Funktion als Präsident und Mitglied des Vorstandes des ABiD zurücktreten. Bis zum nächsten Verbandstag des ABiD bleibt er gegenüber dem Vorstand auskunftspflichtig.

2
Schnellstmöglich ist ein Verbandstag des ABiD einzuberufen, um einen neuen Vorstand zu wählen. Bis zu diesem Zeitpunkt sollte einer der Vizepräsidenten amtieren.

3
Wer für den neuen Vorstand kandidiert, sollte in einer Erklärung versichern, nicht wissentlich für das MfS/AfNS tätig gewesen zu sein und einer Überprüfung durch die Gauck-Behörde zustimmen.

4
Wir bekräftigen unseren eigenen Beschluß der Überprüfung aller Mitglieder des Vorstandes des Behindertenverbandes Leipzig auf Tätigkeit für das MfS/AfNS. Den Mitarbeitern der Geschäftsstelle wird nahegelegt, ebenfalls einer Überprüfung zuzustimmen.

STELLUNGNAHME
des Behindertenverbandes Neubrandenburg e. V.

1
Die Stasi-Diskussion sollte so geführt werden, daß sie den ABiD und seine Mitgliedsverbände nicht von der planmäßigen und aktuellen Arbeit ablenkt.

2
Die in Ilja Seiferts schriftlicher Stellungnahme dargelegten und am 22.2.1992 mündlich ergänzten Fakten zu seiner Tätigkeit für die Staatssicherheit der DDR sind nach unserer Auffassung kein ausreichender Grund für eine Abberufung des Präsidenten. Schaden oder Nachteile für andere Personen sind für uns nicht erkennbar. Maßstab für eine entsprechende Mißtrauensbekundung können nur Verhaltensweisen und Wirksamkeit in der Tätigkeit für den ABiD selbst sein.

3
Wir hätten uns gewünscht, daß Ilja Seifert früher, schon vor seiner Wahl zum Präsidenten, über das Problem gesprochen hätte. Unsicherheiten und Irritationen, die jetzt die Verbandsarbeit beeinträchtigen, hätten möglicherweise vermieden werden können.

4
Es ist durchaus vorstellbar, daß die Medien durch entsprechende Darstellungen den Präsidenten des ABiD wie auch den ABiD selbst und eventuell auch seine Mitgliedsvereine in Mißkredit bringen können. Von diesem Risiko sollten wir uns nicht in Ängste oder Unsicherheit treiben lassen.

5
Wir sind der Auffassung, daß ein öffentliches Stehen zu einer derartigen „Belastung" mehr Zivilcourage und Charakter beweist, als sich der allgemeinen Hysterie anzuschließen.

Hans-Reiner Bönning

Auf hohem Roß oder An den Thron gefesselt?

Vor der ersten Wahl: kein Wort. Vor der zweiten Wahl: kein Wort. Vor zwei Monaten, schon gezwungenermaßen, im ABiD-Vorstand nur eine schwache Andeutung: er werde demnächst mal etwas erklären, was aber eigentlich nie der Rede wert gewesen sei - jedenfalls nicht der klaren Rede vor uns Verbandsmitgliedern, die ihn im Vertrauen auf seine Redlichkeit zur Wahl aufgestellt und gewählt haben.
Nun diese Erklärung. Wieder nicht: zu allererst an uns, sondern für den Bundestag.
Wer oder was sind wir eigentlich für ihn? Wer oder was war er - ist er heute?

Dazu von ihm jetzt also gleich drei Überschriften.
Darunter viel Verworrenes, Geschraubtes. Im Grunde genommen nur zwei klare Aussagen: Ich will mein Bundestagsmandat behalten, und ich will ABiD-Präsident bleiben.
Diese Großsprecherei, diese Selbstgerechtigkeit. Dieser Blick vom Feldherrenhügel, vom hohen Roß herab: auf „meine und die Geschichte meines Staates", auf „historische Wertungen".
Welch ein Wortgeflimmer über seine „vielfach verschlungenen Pfade".
Wir lassen uns nicht länger blenden oder den Blick verklären. Aus Ilja Seiferts erster öffentlichen Erklärung sprechen kaum „veränderte Einsichten", geschweige „fundiertere Erkenntnisse".
Statt dessen seine andauernde groteske Selbstüberschätzung: Glaubt er denn wirklich, das MfS habe ihn damals auserkoren, um weltpolitische Geschicke zu lenken, um „frühzeitig über eventuelle Veränderungen in den Beziehungen zwischen der DDR und Nordkorea zu informieren"? Hat er nie realistischer gedacht, ahnt er nicht wenigstens heute: daß der nordkoreanische Geheimdienst wohl einfach wissen wollte, ob seine Landeskinder auch im Ausland stets parieren? - „Mein Wirken in dieser Richtung war ohne Ergebnis." - Na hoffentlich! Hoffentlich waren die von Ilja Seifert so diplomatisch befragten nordkoreanischen Studenten nicht ebenso dumm wie er jetzt immer nocht tut. Die Gauck-Behörde wird über ihr späteres Schicksal kaum etwas wissen. Was sollen seine einfältigen „wissenschaftlichen" Erkenntnisse aus Westberliner Bibliotheken?
Er wollte also tatsächlich die DDR-Regierung davor warnen, daß die DDR-Regierung ein Jubiläum mißbrauchen könnte? Und das wieder über die Stasi? Niemand von denen hat ihn recht erhört?? Na sowas.

Es bleibt, leider auch in der S a c h e, einiges fragwürdig.
Sein Verhalten uns gegenüber war und ist jedenfalls schäbig.
So sehe i c h das.

Im Namen des Vorstandes des Berliner Behindertenverbandes (BBV) erkläre ich:

Wir haben Iljas Kraft, seine Ideen, sein Engagement für w i r k l i c h gute Zwecke

und Ziele kennen- und schätzengelernt. Wir freuen uns, daß er sich weiterhin für diese Zwecke und Ziele einsetzen will.
Wir sehen aber auch die existentiellen Gefahren für den ABiD insgesamt wie für seine Mitgliedsverbände, in die uns Iljas bisheriges Schweigen gebracht hat.
Diese Gefahren sind weder durch seine jetzige Erklärung beseitigt, noch durch persönliche Entgegnungen oder erste Stellungnahmen wie etwa die unsrige. Dazu brauchen wir alle mehr Zeit, Ruhe, Kraft, Aufrichtigkeit und wohl auch ein bißchen mehr Bescheidenheit.
Wir brauchen Gewißheit für uns, für alle Verbandsmitglieder und für unsere Partner.
Deshalb fordern wir:

1
Dr. Ilja Seifert tritt mit sofortiger Wirkung von seiner Funktion als ABiD-Präsident zurück.
Sein Stimmrecht im ABiD-Vorstand ruht, er bleibt diesem jedoch auskunftspflichtig über seine bisherige Vorstandstätigkeit bis einschließlich seiner Rechenschaftslegung auf dem nächsten ABiD-Verbandstag.
2
Alle Mitglieder des Vorstandes sowie der Geschäftsführung des ABiD versichern an Eides statt, nicht als hauptamtlicher oder informeller oder gesellschaftlicher Mitarbeiter des ehemaligen MfS/AfNS tätig gewesen zu sein, und lassen dies schnellstmöglich von der Gauck-Behörde überprüfen.
3
Alle ABiD-Mitgliedsverbände sind aufzufordern, gleiches zu tun.
Die Vorstandsmitglieder und die Geschäftsführung des Berliner Behindertenverbandes sind bereit, die oben genannte eidesstattliche Erklärung abzugeben. Weitere Forderungen an uns oder an künftige Vorstandskandidaten des BBV überlassen wir unserer nächsten Mitgliederversammlung, die wir auf Wunsch auch kurzfristig einberufen können.
4
Wir fordern die nach Satzung schnellstmögliche Einberufung des ABiD-Verbandstages (d.h. binnen dreier Monate) zur Wahl eines neuen ABiD-Vorstandes.
Von allen Kandidaten für den Vorstand ist zu verlangen, sich gemäß Punkt 2 zu erklären und überprüfen zu lassen.

Unser Verband ist entstanden aus der Bürgerbewegung des Herbstes '89 im Osten; er wird nicht bestehen ohne Vertrauen zueinander und ohne die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Westen.
Wir sind offen für Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen, ihre Angehörigen und Freunde. Wir wollen auch weiterhin offen bleiben für Menschen mit unterschiedlichen Lebenserfahrungen und politischen Ansichten.
Wir waren und wir sind: Opfer, Täter, Mitläufer, Träumer, Verzagte, Kämpfer - nicht wenige von uns und nicht selten: alles in einem.
Wir sind gegen Hexenjagden, aber auch gegen Karrierismus, der diese bloß als Ausrede benutzt.
Mancher Schnitt tut weh, doch verdeckte und versteckte Wunden heilen schlecht. Laßt uns offen und menschlich miteinander umgehen und auskommen.

Berlin, nach der BBV-Vorstandssitzung am 19.02.1992

EIN ANRUF

04. März 1992
Von dem in „berlin konkret" veröffentlichten Artikel Hans-Reiner Bönnings distanziere ich mich. Ich empfinde Unbehagen darüber und glaube, daß unter dieser Sicht die Behindertenarbeit sehr leidet.
Mir geht es darum, und zwar in erster Linie, den ABiD zu stärken und dabei auch die Geschichte mit aufzuarbeiten.
Ich verwahre mich dagegen zu verlangen, daß sich alle Vorstandsmitglieder des ABiD durch die Gauck-Behörde überprüfen lassen sollen.
Noch ist das eines jeden Sache selbst!
Ehlert
Vorstandsmitglied des BBV

P.S.: Frau Ehlert hat diese Meinung Herrn Bönning auch persönlich zukommen lassen. Die Red.

Daniela Reinhold

Enttäuschung

Der Vertrauensbruch, das Versteckspiel, das Unbehagen - beim einzigen Mal, wo Ilja Seifert seine Basisgruppe durch Anwesenheit „würdigte", nur als Wahlvolk interessant gewesen zu sein, die Erkenntnis, daß der ABiD und seine Mitglieder nur einer Anmerkung wert sind, die Selbstgerechtigkeit, sich freizuschreiben ohne einen Gedanken an die „Objekte" der Stasi-Berichte - die Wunde ist tief, es ist viel, was hier zusammenkommt.
Und so müssen wir Ilja auch über die Zeitung sagen, daß er sich auf unser Votum nicht berufen kann. Es entstand unter falschen Voraussetzungen. Daß wir noch mehr Schaden sehen für den ABiD, wenn er weiter Präsident bleibt. Daß wir noch auf ein Gespräch warten. Daß wir es uns im Moment schwer vorstellen können, wie es ist, wenn er nach all den Unehrlichkeiten plötzlich als ein Mitglied unter uns sitzt.
(Im Namen der Mitgliederversammlung der Vereinigung Behinderter Berlin-Mitte, 20.2.1992)

In eigener Sache

Liebe Leser,

mit der Nr. 5/92 war die STÜTZE-Welt noch im Lot. Seit der Ausgabe 5+6/92 wissen Sie, es hat sich manches ereignet.
So konnten Sie bemerken, daß im Impressum Andrea Schatz als verantwortliche Redakteurin nicht erscheint. Sie stellten fest, daß an einer echten STÜTZE-Doppelnummer zwölf Seiten fehlten. Und es blieb Ihnen sicher nicht verborgen, daß sich einige Unkorrektheiten eingeschlichen hatten. Eine, wenn auch beschnittene, Doppelnummer kostet nun eben doch 4,- DM. Und wenn uns Katharina Düring eine Grafik zur Illustrierung des Journals zur Verfügung stellt, so sollte die Urheberschaft nicht verschwiegen werden. Nicht alles war also stimmig.
Vor allem aber: eine STÜTZE-Macherin geht, andere Macher tauchen auf - ziemlich kommentarlos! Ein gutes, erklärendes Wort von uns sollte es geben. In Nr. 9/92 werden Sie es finden. Vorab jedoch bitten wir Sie herzlich um Entschuldigung.

Die STÜTZE-Redaktion

Beate Thrams
Dr. Hans-Dieter Hoyer

Das „Grüne Ungeheuerliche“

Statt der erwarteten STÜTZE flatterte in sicherlich viele Haushalte behinderter Menschen ein grüngefaßtes Pamphlet, das Ungeheuerliches signalisiert: Die schwerbehinderte Chefredakteurin Andrea Schatz wurde fristlos aus ihrer ABM-Tätigkeit „enthoben“, weil sie publizieren wollte, was nicht publiziert werden sollte und darf. Demnach passiert im ABiD-Vorstand/Geschäftsstelle Ungeheuerliches - das muß „grüngefaßt“ an die Öffentlichkeit, um... ja, eigentlich warum?

Soll die Öffentlichkeit - also auch wir - über diese Vorfälle richten? So einfach wie in der erlebten DDR geht das sicherlich nicht mehr. Die Menschen sind - hoffentlich - mißtrauischer geworden und verlangen auch Meinungsäußerungen des/der Verurteilten. Vielleicht nicht in Form einer Rechtfertigung, sondern vielmehr als Darlegung des Wollens und Handelns, des Fühlens und der damit verbundenen Verantwortlichkeit. Nicht das Richten sollte die Begegnung mit Wahrheit prägen, sondern das Verständnis für menschlichen Irrtum, für Engagement und individuelle Schwächen.

Große Worte für tagtäglich zu leistende moralische Vollkommenheit!

Wollen wir schon wieder moralisieren?! Können oder müssen wir Ilja Seifert für seine IM-Tätigkeit verurteilen? Die Öffentlichkeit verlangt es, auch die Autoren des „Grünen Ungeheuers“ (Volksmund), sonst hätten sie nicht die Öffentlichkeit gesucht und „belastet“. Natürlich werden viele seine Mitarbeit bzw. sein beharrliches Schweigen verurteilen.

Doch was verlangen wir von ihm? Fragen wir uns ehrlich, hätten wir uns dazu bekannt? Vielleicht sollte man seine Antwort nicht aus der Nische einer karriere- und leistungsbewußten Geborgenheit zu geben versuchen, sondern aus der Sicht geleisteter und leistbarer Verantwortlichkeit. Diese Zweifel bedrängen die Glaubwürdigkeit der öffentlich ausgetragenen Haltungen und Meinungsäußerungen gegenüber dem vergangenen Tun des Präsidenten des ABiD. Sie fügen sich zu leicht in die gegenwärtige undifferenzierte Hatz von Informationszuträgern für die ehemalige Staatssicherheit der DDR ein, um glaubhaft sein zu können, daß es sich hierbei um ein aufrichtiges Bemühen zur Aufarbeitung handelt. Warum also dieses laute Rufen in eine zerrüttete Landschaft, die kaum damit zu ordnen ist? Im Gegenteil. Sie wird noch weiter durchgeschüttelt zu Zwecken... ja, wozu eigentlich?

Soll ein ganzer Interessenverband von Menschen mit Behinderungen die Bildfläche verlassen, sich auflösen durch Grabenkämpfe in Vorständen, durch Lähmung der Arbeitsfähigkeit, durch Selbstgefälligkeit führender Mitglieder, durch... ?

Warum also gehen Menschen mit Behinderungen aufeinander los, wo sie doch einander bedürfen im Ringen um eine annehmbare Lebensqualität?

Sicher haben hinter den verschlossenen Türen in den Leitungsetagen harte Kontroversen persönliche Betroffenheit erzwungen, die auf der einen Seite Resigna-

tion aufbaut, auf der anderen Seite Rücksichtslosigkeit, ja, Sturheit. Letzteres scheint die Quelle für das „Grüne Ungeheuer" zu sein, doch diese erschließt kaum vertrauenswürdige Ratschläge. Wie so oft, geht es nicht nur um sachliche Zwänge, sondern meist nur noch - positiv gesagt - um eine ausweglose Rechthaberei. Bekanntlich werden in bornierter Selbstbestätigung alle Mittel genutzt, um den vermeintlichen Gegner in die Knie zu zwingen. Öffentlichkeitswirksamkeit scheint hierbei als Wundermittel zu fungieren. Man übt sich dabei in der „Kunst" des Weglassens - oder? Wo finden sich für den nachfragenden Leser Protokolle von Beratungen und Vorstandssitzungen zu dieser Problematik, wo die einzelnen Meinungsbilder von weiteren Vorstandsmitgliedern, von Mitgliedern der Redaktion der Zeitschrift? Oder haben einzelne in den verschiedensten Gremien sich schon wieder „geltenden" Auffassungen angepaßt?
Der Leser soll Position beziehen - natürlich nur die beabsichtigte - und für die Interessen der Herausgeber eintreten.
Das soll vor allem durch Emotionalität erreichbar werden. Doch Emotionen sind bekanntlich schlechte Ratgeber. Gebrauchen wir doch den Sachverstand - und der weist vielfältige Erfahrungen und Erkenntnisse aus. Unter anderem die:
Integration für alle behinderten Menschen! Das war die Forderung im Herbst 1989, dafür sind Menschen mit Behinderungen und ihre Freunde auf die Straße gegangen. Sie sind nicht nur auf die Straße gegangen, sondern gründeten im April 1990 einen Behindertenverband, um in praktischer Weise gleich selbst in die Hand zu nehmen, was in der politischen Arbeit zu leisten notwendig war und wurde.

Damals hat niemand gefragt, woher jemand kommt und was er in der Vergangenheit gemacht hat. Der vereinzelte Ruf nach einer eidesstattlichen Ehrenerklärung, nie für die Staatssicherheit gearbeitet zu haben, wurde von allen abgelehnt. Die Menschen mit Behinderung wollten doch etwas ganz anderes. Sie wollten die Integration für alle, die bis jetzt am Rande der Gesellschaft standen.
Sie hatten ja am eigenen Leib erfahren müssen, was es heißt, ausgegrenzt zu sein. Jetzt aber sind sie diejenigen, die selbst ausgrenzen wollen, sei es durch eine fristlose Kündigung oder durch den Vorwurf der Zugehörigkeit zur Staatssicherheit.

Natürlich muß sich Ilja Seifert fragen, ob er es in der gegenwärtigen Zeit noch vermag, dem Verband über die schwierigen Hürden hinweg zu helfen. Dafür gibt es ja bekanntlich auch einen Vorstand, der individuelle Entscheidungs- und Urteilsfähigkeit steuern kann. Das trifft auch auf die ausgesprochene Kündigung zu.
Sicher ist das „Grüne Ungeheuer" wenig schlichtend in Betracht zu ziehen, wird von der Mehrheit als Versuch gewertet, Menschen anzuprangern in eigensinniger Rechtsbeanspruchung. Vielleicht finden sich aber auch einzelne, die in selbstkritischer Haltung Fehler bemerken im Umgang miteinander in schwierigen Situationen. Diese sollten in erster Linie dem anderen die Hand reichen und ihn zurückholen an den „runden" Tisch. Das ist nicht nur zu hoffen, sondern auch zu fordern von den Verantwortlichen für die Zukunft des ABiD und die gewünschte Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen in den östlichen Bundesländern.

Schirmherrin ja oder nein?

Am 20. Februar fand ein Telefongespräch zwischen Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, und der Hauptgeschäftsstelle des ABiD
sowie
am 21. Februar zwischen Frau Dr. Bergmann-Pohl und Dr. Ilja Seifert statt.

Im Ergebnis dessen erklärte sie, daß es aus ihrer Sicht „nicht günstig sei, wenn Dr. Ilja Seifert Präsident des ABiD bliebe".
Sie könne es sich „politisch nicht erlauben, weiterhin Schirmherrin zu bleiben, denn der Schatten der Mitarbeit beim MfS würde ewig über dem Verband schweben. Und dies sei politisch schlimm. Deshalb sollte Dr. Seifert im Interesse des Verbandes zur Zeit nicht an dessen Spitze stehen."
In den Gesprächen wurde Frau Dr. Bergmann-Pohl davon informiert, daß eine Sondersitzung des Gesamtvorstandes am 22. Februar stattfinden wird. Sie bat um Information über die Entscheidung des Gesamtvorstandes bis Montag, 24.2.1992.

Der Geschäftsführer des ABiD, Horst Altnow, informierte mit folgendem Wortlaut:

Sehr geehrte Frau Dr. Bergmann-Pohl!
Die Vorstandsmitglieder haben sich - bis auf einen Landesvorstand - einmütig dahingehend geäußert, daß die neu entstandene Situation an der Basis intensiv diskutiert werden muß. Auf der Grundlage dessen wird in der nächsten Vorstandssitzung am 21. März 1992 eine Entscheidung in bezug auf das Vertrauen oder Mißtrauen des Vorstandes zum Präsidenten gefällt.

Unabhängig davon berief der Vorstand einen Außerordentlichen Verbandstag für Anfang Juni 1992 ein, auf dem neben einem inhaltlichen Schwerpunkt die Neuwahl des Vorstandes und erforderliche Änderungen der Satzung auf der Tagesordnung stehen.
Im Ergebnis der Diskussion teilte Ilja Seifert mit, daß er keiensfalls auf seinem Amt beharre, sich aber auch nicht einfach aus der Verantwortung stehlen will. Er wird bis zum 21. März 1992 seine Pflichten weiterhin wahrnehmen und sich dann der Vertrauensentscheidung des Vorstandes stellen.
Die Mitglieder bitten Sie, so lange keine Entscheidung über Ihre Schirmherrschaft zu fällen.

Anmerkung der Redaktion

Das Ergebnis der Vorstandssitzung vom 21.3.1992 wurde Frau Dr. Sabine Bergmann-Pohl am 23.3.1992 mitgeteilt. Darin kam zum Ausdruck, daß nach wie vor eine widersprüchliche Haltung zum Präsidenten vorherrscht. Die Meinungsvielfalt reicht von „Amt ruhen lassen" über „nicht wieder kandidieren" bis hin zur „ Stellung der Vertrauensfrage auf dem für den 20. Juni 1992 einberufenen 3. Verbandstag (Außerordentlicher)".
Der Gesamtvorstand sieht zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Anlaß, daß Dr. Ilja Seifert zurücktritt. Er bleibt bis zum 20.6.1992 im Amt.
Frau Dr. Bergmann-Pohl hat ihre persönliche Entscheidung erneut bis zu diesem Termin aufgeschoben.

Aktiv leben – mit den neuen Sport- und Aktivstühlen

Hochwertige Materialien halten den hohen Anforderungen, wie sie der aktive und sportliche Einsatz mit sich bringt, bestens stand. Eine bunte Farbpalette ergänzt die vielen Ausstattungsvarianten – denn auch ein modernes Design gehört zur Freude am Sport.

INVACARE® DEUTSCHLAND GMBH

INVACARE IHR PARTNER

Dehmer Straße 66
4970 Bad Oeynhausen
Tel. 05731/53061
Fax 05731/530680 + 530685

ASP-A4/III

Dr. Ilja Seifert

Unsere Ziele in die Öffentlichkeit tragen, nicht nur die Zwistigkeiten

Dieser Tage wird der ABiD zwei Jahre alt. Man kennt uns. Nicht jeder mag uns. Vor allem nicht jede Behörde bzw. jeder etablierte Behinderten- und Wohlfahrtsverband.

Das liegt besonders an unserem Profil. Das liegt daran, daß wir keinen Unterschied machen, welcher Art und/oder Ursache eine Behinderung ist. Das liegt daran, daß wir das schwierige Experiment wagen, die unterschiedlichen - sich mitunter gegenseitig scheinbar ausschließenden - Interessen von Menschen mit und ohne Behinderungen als gleichberechtigt zu akzeptieren. Das liegt auch daran, daß wir unsere Hauptwurzeln in der DDR haben und dem Humus des demokratischen Herbstes 1989, der den verfaulten Politbürokratensozialismus beendete, unsere ursprüngliche Kraft verdanken. Es liegt daran, daß wir von Anfang an Menschen- und Bürgerrechte einfordern und uns nicht (mehr) mit Almosen und anderen Gnadenbeweisen, mit großzügigen Gesten oder Beruhigungspflästerchen abspeisen lassen. Es liegt daran, daß wir Benachteiligungen im öffentlichen und privaten Leben, bei der freien Wahl der Wohnung, des Berufs, in der Partnerschaft, in der Mobilität, die uns seit Jahrtausenden als „gottgegeben" dargestellt werden, als das bezeichnen, was sie sind: nämlich Diskriminierung. Und daß wir laut und vernehmlich dagegen kämpfen. Es liegt daran, daß wir Pflege, Begleitung, Förderung und dergleichen nicht als versicherungsfähiges „Risiko" betrachten, sondern von der Gesellschaft - insbesondere vom Staat - unmißverständlich verlangen, uns die unabdingbaren Voraussetzungen für die freie Entfaltung jedes einzelnen in erforderlichem Umfang zur Verfügung zu stellen.

Wir halten einen Ausgleich der behinderungsbedingten Nachteile - z. B. in Form einer einkommens- und vermögensunabhängigen Grundsicherung - ähnlich dem Prinzip der DDR-Invalidenrente - für unser Recht. Wir sind Teil dieser Gesellschaft, also sind unsere spezifischen Probleme Probleme der ganzen Gesellschaft.

Wir sind unbequem für diejenigen, die sich längst zurückgelehnt haben und die Gegebenheiten als unabänderlich ansehen, vielleicht sogar Änderungen für nicht wünschenswert erachten. Aber das ist nur die eine Seite. Denn das Schweigen über den ABiD ist sehr laut. Eben, weil man an uns nicht so ohne weiteres vorbeikommt, versucht man (vergeblich), uns totzuschweigen, werden wir bei öffentlichen Förderprogrammen „vergessen", besteht in manchen Chefetagen „kein Gesprächsbedarf" mit uns. Aber all das klappt nicht so recht. ABiD-Mitglieder sind nun mal in Parlamente gewählt, von der kleinen Gemeinde über den Kreis, den Landtag bis in den Bundestag. ABiD-Mitglieder arbeiten nun einmal aktiv in Widerspruchsausschüssen, als Behindertenbeauftragte, als Schwerbehindertenvertreter. Wir betreiben nun einmal Kommunikations- und Informationszentren. Wir sammeln nun einmal Unterschriften, um das Diskri-

minierungsverbot auch in den ostdeutschen Länderverfassungen zu verankern. Wir kämpfen nun einmal um den Erhalt des einzigen rollstuhlzugängigen Postamtes. Wir geben nun einmal die am häufigsten erscheinende Behinderten-Zeitschrift heraus. Und so mancherorts sind die Verwaltungen froh, daß ABiD-Mitglieder als freie Träger die Aufgaben wahrnehmen, zu denen sie, die Verwaltungen, verpflichtet sind. Wir betreiben nun einmal Fahrdienste, wo der öffentliche Personenverkehr für uns nicht nutzbar ist. Wir födern nun einmal Kinder mit Behinderungen, und schaffen auch so Arbeitsplätze.

Zwei Jahre ABiD zeigen, daß realer gesellschaftlicher Bedarf an einer solchen Organisation besteht. Insbesondere für uns selbst sind wir wichtig. Zu unserem Schutz, zum gegenseitigen Mutmachen, zum Erfahrungsaustausch, als Organisator, als Mittler, als Berater, als Freund, Partner.
Ich kann und will keine „heile Welt" malen.
Zwei Jahre ABiD zeigen auch, daß wir nicht besser, nicht „edler", nicht klüger, nicht uneigennütziger, nicht weniger eitel, nicht leichter konsensfähig sind als jeder andere auch. Wir sind nun einmal Menschen wie alle anderen auch. Ich wundere mich über diese „Erkenntnis" nicht. Im Gegenteil will ich ja - und ich denke, daß das die meisten wollen - leben können wie jeder andere auch. Nicht besser, aber auch nicht schlechter. Ich möchte die gleichen Rechte genießen können und keinen anderen Pflichten unterliegen. Ich möchte sagen können, was mir nicht paßt und gesagt bekommen, wo andere mit mir nicht einverstanden sind. Allerdings wünsche ich mir, der oder dem anderen auch nach der härtesten (inhaltlichen) Kontroverse noch in die Augen sehen zu können. Inzwischen mußte ich einsehen, daß es auch Menschen gibt, die bereit sind, jede Brücke zu verbrennen. Das tut mir weh, denn ich dachte, wir wollten tatsächlich unterschiedliche Meinungen aushalten. Ich dachte, wir wollten tatsächlich so tolerant sein, anderen auch dann gleiche Entfaltungsmöglichkeiten zu bieten, wenn unsere Ansichten in konkreten Einzelfragen konträr sind.

Nach zwei Jahren ABiD stehen wir auch vor einer tiefen Krise. Und es gibt gar nichts drumherum zu reden, meine Person - insbesondere meine Stasi-Vergangenheit - spielt in diesem Zusammenhang eine nicht unbedeutende Rolle. Der Hauptvorwurf an mich ist, daß ich mich ABiD-Mitgliedern nicht schon viel früher, spätestens bei der Kandidatur um das Präsidenten"amt" offenbarte. Ich nehme das ernst. Ich versuche auch gar nicht, mich herauszureden. Wer das als Vertrauensbruch wertet, soll das auch so nennen. Ich selbst sah in der Undifferenziertheit, mit der dieses Thema öffentlich „behandelt" wird, keine Chance, meine Kraft auf das zu konzentrieren, was ich für noch wichtiger halte, als die Enttarnung auch des letzten „IM": Auf die Bewahrung und den Ausbau der Menschen-, Bürger- und sozialen Rechte von Menschen mit Behinderungen, unserer Angehörigen und ständigen Helfer. Und die Praxis bestätigt das leider. Da wird von einem ABiD-Landesverband als erstes mein Rücktritt gefordert. Natürlich wolle man keine Hexenjagd, aber - so verstehe ich derartige Ultimaten: Diese eine Hexe muß noch brennen. Anschließend können wir ja auseinanderdröseln, ob das alles richtig, notwendig war. Und wenn der

ABiD-Gesamtvorstand tatsächlich zuerst auf differenzierter Prüfung besteht, und wenn die Vertreter aller anderen Landesverbände zuerst ihre Basis fragen wollen, welche Fragen und Forderungen sie hat, dann wird gleich der Rücktritt des ganzen Vorstandes gefordert. Und immer wird das gleich mit nötigenden Zusätzen gekoppelt: Wenn nicht..., dann treten wir aus! Hat das etwas mit der Würde zu tun, in der Menschen unterschiedliche Ansichten austragen sollten? Hat das etwas mit der Selbstbestimmung zu tun, die die - doch zweifellos vorhandenen - Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellt und so die Achtung und Akzeptanz der konträren Meinung zur selbstverständlichen Voraussetzung für kritisch-solidarisches Miteinander macht?

Natürlich läßt ein demokratischer Verband auch einen Austritt zu. Aber sind denn wirklich alle Gemeinsamkeiten aufgebraucht? Das frage ich übrigens auch diejenigen, die nun den Spieß umkehren wollen und Ausschlüsse fordern. Ja, wollen wir uns denn tatsächlich gegenseitig schwächen? Finden wir nicht die Kraft, haben wir nicht die Größe, unseren Weg, von dem wir von Anfang an wußten, daß er sehr schwer wird, gemeinsam weiterzugehen? Unseren Weg des Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen. Des Miteinander verschiedener politischer und weltanschaulicher Herkunft. Es geht also gar nicht so sehr um mich. Es geht auch nicht nur um Stasi. Nicht einmal nur um meine Parteimitgliedschaft, die immer ein guter Vorwand ist, unserem Verband PDS-Nähe vorzuwerfen und ihn so auszugrenzen. Es geht zwar ein Stück um jedes davon, **vor allem aber geht es um den ABiD als Ganzes**: Der muß weg!

Der ABiD ist ein Faktor in der Behindertenbewegung, der stört durch seine bloße Anwesenheit. Die (zahlenden) Mitglieder würde mancher schon gern nehmen. Die würden schon eingepaßt werden. Aber die Organisation? Nein, die ist gefährlich. Das liegt an unserer inhaltlichen Arbeit, nicht am Präsidenten oder dem Vorstand. Die Arbeit an der Basis, unsere Ziele und die Wege, die zu beschreiten wir begonnen haben, bringen Unruhe in die wohlgeordnete Behindertenwelt. **Es besteht die reale Gefahr, daß mit und durch diesen ABiD die Grundfesten der sozialhilfeorientierten Behindertenpolitik ins Wanken geraten.**

Auf unseren Verbandstagen war davon die Rede, daß unsere Vorhaben einem Spagat gleichkommen. Und mit gespreizten Beinen läßt es sich nun einmal schlecht laufen. Aber haben viele von uns nicht sowieso Schwierigkeiten beim Gehen? Müssen wir nicht sowieso ständig „Spagate" vollbringen, um überhaupt im Leben zurechtzukommen?

Jetzt, nach zwei Jahren, wissen wir aus der Praxis, wie schmerzhaft, wie beschwerlich das Voranschreiten im „Spagat" ist. Sollen oder wollen wir daran zerbrechen, daß unsere Voraussagen eingetroffen sind? Sollen oder wollen wir davor kapitulieren, daß wir in der Tat ein Verband von selbstbewußten Menschen sind? Sollen wir daran scheitern, daß wir Entscheidungen demokratisch gewählter Gremien nur dann akzeptieren, wenn sie unseren eigenen Vorstellungen entsprechen? Oder herrscht inzwischen die Meinung vor, eine starke Präsenz auf Bundesebene wäre überflüssig? Glauben die meisten Mitglieder an der Basis, daß ihre Arbeit ohne den ABiD als Verbindungsglied leichter wird? Bis jetzt höre ich solche Stimmen nur sehr vereinzelt.

Gleich nach dem Bekanntwerden meiner Stasikontakte beschloß der Vorstand die Einberufung des 3. (außerordentlichen) Verbandstages. Er wird am 20. Juni 1992 in Berlin stattfinden. In den ausführlichen, zum Teil sehr emotionalen, fast durchweg aber ernsthaften Diskussionen, entzog mir der Vorstand nicht das Vertrauen. Ich stehle mich auch nicht bequem aus der Verantwortung. Ich arbeite also vorläufig weiter als Präsident. Ob ich auf dem Verbandstag überhaupt wieder kandidiere, weiß ich heute noch nicht. Keinesfalls will ich der Entwicklung des ABiD - vielleicht auch seiner Erneuerung? - im Wege stehen. Wechsel in demokratischen Wahlfunktionen sind normal. Ich klebe nicht an einem „Thron", aber ich tue meine Arbeit gern. Jetzt bereiten wir machtvolle Aktionen zum 5. Mai vor, dann den Verbandstag. Ich bin dafür, unsere inhaltlichen Ziele in die Öffentlichkeit zu tragen, nicht die inneren Zwistigkeiten.

Der Streit um die Beurlaubung und schließliche Abberufung von Andrea Schatz als STÜTZE-Redakteurin gehört zum Teil zu letzterem, hat aber durchaus auch inhaltliche Aspekte. Leider wurden in den vergangenen Wochen so viele Halbwahrheiten verbreitet, daß ich mich gezwungen sehe, auch dazu noch einiges zu sagen. Niemand wollte die öffentliche Debatte um meine Stasikontakte unterdrücken. Ich selbst hatte ausdrücklich darum gebeten, meine gesamte Erklärung (inklusive direkte Anrede der STÜTZE-Leser) in der STÜTZE zu veröffentlichen. In der außerordentlichen Vorstandssitzung am 22. Februar wurde sehr deutlich, daß es recht unterschiedliche Haltungen zu diesem Problem gibt. Der Berliner Behindertenverband (BBV) hatte eine Gegenerklärung beschlossen, und Hans-Reiner Bönning beharrte darauf, sie gleichzeitig mit meiner Aufforderung zur Diskussion zu veröffentlichen. Alle Vorstandsmitglieder aus den anderen Bundesländern distanzierten sich von der Sprache und auch von den Forderungen des BBV-Vorstandes. Sie bestanden auf einer differenzierteren Sicht und wollten dazu die Meinungen von ihrer jeweiligen Basis einholen. Die BBV-Erklärung hätte also ein verzerrtes Bild von der Vorstandssitzung ergeben, wenn sie als einzige Stellungnahme erschienen wäre.
Die reale Gefahr der Spaltung stand im Raum.
Und ausschließlich deshalb zog ich meine Erklärung vorläufig zurück. Die vorliegende STÜTZE gibt nun jenen, die sich zu äußern wünschten, die Möglichkeit dazu. Das war die Absicht des Vorstandes.
Andrea Schatz nennt das „Zensur" und wollte die beiden Erklärungen - trotz meiner ausdrücklichen Rücknahme, die auch die Veröffentlichung der Erwiderung vorläufig gegenstandslos machte (sie war, so betont, an meine Erklärung unmittelbar geknüpft) - gegen die ausdrückliche Festlegung des demokratisch gewählten Vorstandes sofort veröffentlichen. Damit verstieß sie - nach der eigenmächtigen Änderung des Layouts und dem Vorenthalten eines weiteren Entwurfes - zum wiederholten Male gegen Anordnungen ihres Arbeitgebers. Mehrere Aussprachen vorher hatten bereits den Charakter von Abmahnungen. Schließlich legte Andrea Schatz eine Konzeption für DIE STÜTZE vor, die die Zeitung zum Richter über den Verband machen sollte, der sie finanziert. Wohlgemerkt: Ich halte es für normal, daß auch in unserer Zeitung Kritik an der Arbeit des Vorstandes oder einzelner seiner

Mitglieder geübt wird. Niemals kam es mir in den Sinn, irgendwie anzugreifen, gar Einspruch zu erheben oder auch nur beleidigt zu sein, wenn ich kritisiert wurde. Das ist aber etwas anderes, als die Bedingungen zu stellen, unter denen man bereit ist, im Sinne des Herausgebers zu wirken. Ich trat immer dafür ein, in der STÜTZE das Chefredakteurprinzip walten zu lassen. Der ABiD als Herausgeber soll nur den Rahmen umreißen, innerhalb dessen es wirken kann. Eine Einigung darüber, wo der Rahmen endet und wo das Chefredakteurprinzip beginnt, konnte nie erreicht werden. Deshalb sind in den letzten Ausgaben immer deutlicher Tendenzen einer einseitigen Bevorzugung der Independent-Living-Bewegung zu erkennen. Der ABiD hat sich eindeutig dazu bekannt, dieser Bewegung nahezustehen. Aber wir sind sie nicht. Wir bekennen uns ebenso eindeutig dazu, Angehörige (darunter die Eltern) als gleichberechtigt, ja gleichbetroffen zu verstehen. Diese Grundposition ihres Herausgebers muß auch die Zeitung fair widerspiegeln. Das halte ich nicht für zu viel verlangt. Solange es noch keinen fest umrissenen Rahmen gibt, schlug ich vor, sich auf die Arbeitsthese zu verständigen,

DIE STÜTZE als Zeitung des ABiD zu definieren, die allen anderen Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen sowie den entsprechenden Organisationen offensteht, nicht aber als eine beliebige (oder spezielle) Behindertenzeitschrift zu verstehen, die unter anderen auch ABiD-Mitgliedern offensteht.

Andrea Schatz war nicht bereit, sich auf diese Formel einzulassen. Ihr Verhalten seit der Beurlaubung, die wir extra deswegen aussprachen, weil wir keine vorschnelle Entscheidung treffen wollten, hat alle Züge eines Machtkampfes. Sie verbreitet Halbwahrheiten und scheut nicht davor zurück, zur Lüge zu greifen, wenn sie sich damit in ein günstigeres Licht rücken zu können glaubt. (Es stimmt einfach nicht, daß sie zum „Nulltarif" ein neues Layout besorgt hätte.) Sie veröffentlicht interne Dienstanweisungen und andere Materialien, die ihr zwar als Redakteurin unserer Zeitung für dienstliche Zwecke zur Verfügung standen, nicht aber als persönliches Eigentum. Fairer Umgang miteinander schließt für mich ein, sich nicht gegenseitig als blutrünstige Bestie darzustellen. Jeder STÜTZE-Leser kann die Arbeit von Andrea Schatz einschätzen. Ich habe sie sehr lange auch gegen heftige Kritik im Vorstand verteidigt. Aber ein demokratisch gewähltes Gremium kann sich nicht unbegrenzt auf der Nase herumtanzen lassen. Deshalb beschloß der Vorstand, das Arbeitsverhältnis mit Andrea Schatz aufzuheben.

Der ABiD ist zwei Jahre alt. Wir haben momentan viele Probleme mit uns selbst. Vielleicht ist es normal, daß sich innere Zwistigkeiten deutlicher abzeichnen, wenn der Anfangsschwung abebbt? Vielleicht ist es normal, daß Richtungsstreit sich in Gezänk äußert. Vielleicht ist es normal, daß Konsequenz und Prinzipienreiterei so dicht beieinanderliegen, daß die Grenzen häufig überschritten werden?

Sind wir also ein „normaler" Verband? Hoffentlich nicht stinknormal. Hoffentlich so, daß wir dennoch die inhaltlichen Gemeinsamkeiten erkennen und in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen.

Laßt uns miteinander streiten, aber schlagt nicht aufeinander ein!

Laßt uns den Verbandstag vorbereiten, aber vergeßt dabei die Inhalte nicht!

Findet Kandidaten für die Wahlen!
Streitet über eine Beitragsanpassung!
Laßt uns am 5. Mai zeigen, wofür und wogegen wir angetreten sind!
Sagt, wie ein steuerfinanziertes Pflege-Assistenz-Gesetz aussehen soll!
Sammelt Unterschriften für ein Diskriminierungsverbot!
Kämpft um Bordsteinabsenkungen und um Arbeitsplätze, um bezahlbare Wohnungen und um einen einkommens- und vermögensunabhängigen Nachteilsausgleich!
Sorgt für Integration und Förderung!
Zwei Jahre ABiD. Zwei Jahre harte Arbeit. Ich hoffe, es geht weiter ...

Diesmal im wahrsten Sinne des Wortes...

Als ich in den Reisebus stieg, war nur noch ein Platz frei. Beim Hinsetzen wurde mir klar, warum gerade der. Hinter mir Boxer und Schäferhund, neben mir ein Schnauzer. Natürlich mit Herrchen oder Frauchen, natürlich an der Leine. Aber vor uns lagen neun Stunden Busfahrt von Berlin nach Bonn. Ob die guten Tierchen sich in dieser Enge nicht vielleicht ihrer Wolfsvergangenheit erinnern würden?
Ob sie es taten oder nicht, sei dahingestellt. Auf jeden Fall verhielten sie sich brav, braver am bravsten. Ihre Besitzer, zwei von ihnen Rollstuhlfahrer, klärten während der Fahrt die Mitreisenden auf, daß es sich bei den Tieren um ausgebildete Behinderten-Begleithunde handelt, die den stark Gehbehinderten viele gute Dienste leisten. Sie können heruntergefallene Gegenstände aufheben, die Tür auf- und das Licht anmachen, kleine Einkäufe erledigen und vieles mehr, je nach den speziellen Bedürfnissen des Behinderten.
Im Bonner Hotel angekommen, wurde den Hundehaltern sofort klar gemacht, daß ihre Hunde zu den öffentlichen Räumen des Hotels keinen Zutritt hätten. Sie dürften nur auf den Zimmern bleiben. Die Rollstuhlfahrer protestierten und verwiesen auf die Blindenhunde, die ja auch Zutritt zu Restaurants und anderen öffentlichen Einrichtungen haben. Sie hätten wahrscheinlich bis zum nächsten Morgen erfolglos diskutiert, wäre nicht der jungen Frau an der Rezeption ein Kugelschreiber heruntergefallen. Auf eine kurze Anweisung ihres Herrn hin hob Schäferhund Meggi mit zarter Schnauze den Stift auf und hielt ihn der Rezeptionsdame hin. Wer kann da widerstehen? Die Frau eilte höchstpersönlich zu ihrem Chef und überzeugte ihn, daß solch hilfsbereite, kluge, nette Vierbeiner doch auf keinen Fall unter die normale Hotelhundeordnung fallen.
Um bundesweit etwas für ihren Behinderten-Begleithunde-Verein zu erreichen, hatten sich die drei Vereinsmitglieder einen Termin im Bonner Ministerium für Arbeit und Sozialordnung besorgt. Die Abgesandte des Behindertenbeauftragten behielt beim Treffen vorsichtshalber gleich den Mantel an, wahrscheinlich um die Fluchtzeit zu verringern, und schaute sehr skeptisch auf Arry, Meggi und Anna herunter. Das Gespräch - zwischendurch zeigten die Hunde einige Proben ihres Könnens - dauerte dann aber doch eine gute Stunde. Zum Schluß ließ sich die Frau Beauftragte von Meggi die Tür öffnen...
Arry hatte seinen großen Auftritt auf der Rückfahrt während eines Abstechers im Köllner Dom. Nur nach ausdauernder Überzeugungsarbeit seines Besitzers durfte er hinein. Dann zog er seinen Herrn auf leisen Pfoten durch den Dom, verweilte andächtig neben ihm vor besonders schönen Altären, Gemälden und Skulpturen. Nach Beendigung des Rundgangs, mit bewunderndem Blick auf den Hund und anerkennenden Worten, schloß der Domkaplan eine extrabreite Tür auf, damit Hund und Rollstuhlfahrer bequem wieder ins Freie kamen.

B. M.

Am 15. Januar 1992 hat DIE STÜTZE den Verlag gewechselt. Seitdem betreut die **Unabhängige Verlagsbuchhandlung Ackerstraße (UVA), Postfach 106, O-1040 Berlin** Herstellung und Vertrieb des „Journals für Behinderte und ihre Freunde".
Ein Verlagswechsel geht, trotz allen Bemühungen, nicht ohne Übergangsprobleme ab. Im Namen des Verlags möchte ich hiermit alle Abonnenten um Entschuldigung bitten, die mit Recht Klage führen über Unregelmäßigkeiten beim Bezug ihrer Zeitschrift.

Es gibt zwei Gründe für diese Probleme: Bei Übernahme der STÜTZE wurde mir vom ehemals verantwortlichen Verlag eine Abonnentenliste übergeben, nach der allein seither der Versand durch die UVA durchgeführt wird. Leider wurde uns bis heute *keine* Aufstellung über den Inkassostand sowie über die jeweilige Dauer der Abos übergeben. Wir bitten deshalb, auch in Ihrem eigenen Interesse, um eine Information von Ihrer Seite, von wann bis wann Sie DIE STÜTZE *bestellt* und ob und für welchen Zeitraum Sie sie *bezahlt* haben (s. auch untenstehenden Coupon, um dessen Rücksendung ich Sie bitten möchte).

Leider sind Unregelmäßigkeiten auch wegen Problemen auf redaktioneller Seite entstanden (s. auch In eigener Sache, S. 19). Die Hefte 5 bis 8 mußten unangekündigt als Doppelnummern produziert werden. Ich verstehe Ihre Beunruhigung, wenn sich das Erscheinen des erwarteten Heftes verzögert, bitte Sie jedoch um Verständnis und versichere Ihnen, daß alle Abonnenten immer so rasch wie irgend möglich beliefert werden. Gemeinsam mit ABiD und STÜTZE-Red. wird der Verlag künftig die Kontinuität in Herstellung und Auslieferung der Zeitschrift sichern.
Senden Sie uns also bitte den ausgefüllten Coupon zurück und wenden Sie sich mit Ihren Problemen, die Ihr Abonnement betreffen, an den Verlag. Ansprechpartnerin für Sie ist hier **Frau Kühne, Tel. 2252 5466.**

Meinungsäußerungen sowie Fragen zum Inhalt der STÜTZE richten Sie bitte direkt an die Redaktion.

Noch ein Wort zur Bezahlung Ihrer Abonnements. Unser Verlag wird die Abos jährlich in Rechnung stellen, das heißt, wir stellen Ihnen eine Rechnung bei Beginn Ihres Abos bzw. für jedes neue Abojahr. (Schon aus diesem Grund ist für uns eine Information, bis wann Sie Ihre Hefte für dieses Jahr bezahlt haben, wichtig.) Wir werden die fälligen Beträge *nicht* über eine Einzugsermächtigung von Ihrem Konto abbuchen lassen. Sollten Sie an einer Fortsetzung Ihre Abos nicht interessiert sein, müssen wir Sie bitten, uns dies bis spätestens *sechs Wochen vor Ablauf Ihres Abonnements* schriftlich mitzuteilen.

Ich danke Ihnen vorab für Ihr Verständnis und Ihre Hilfsbereitschaft.

Matthias Oehme, Geschäftsführer UVA

Name/Anschrift:

Abonnement seit Heft

Bezahlung bis Heft erfolgte durch Einzugsermächtigung/Überweisung.

UVA GmbH, Postfach 106, O-1040 Berlin (Nichtzutreffendes bitte streichen)

SCHULUNGSPLAN 1992

für das Aufgabengebiet Arbeit

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Die nachfolgenden Schulungsangebote richten sich an interessierte Menschen mit und ohne Behinderungen.
Da für die überwiegende Mehrzahl der Behinderten und ihre Angehörigen die Integration in die Arbeitswelt ein wesentliches Element zur Persönlichkeitsentfaltung sowie die Voraussetzung zur Erlangung eines eigenen Einkommens als Grundbedingung für ein selbstbestimmtes Leben ist, muß eines der Hauptziele des ABiD das Mitwirken an der Schaffung von solchen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sein, die es ermöglichen, arbeitswillige Betroffene in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren.
Einen Beitrag dazu sollen die Veranstaltungen leisten.
Sie stehen in ergänzendem Zusammenhang zu Bildungsangeboten anderer Bildungsträger.

1
Fachtagung „Schwerbehinderte und Arbeitswelt" -
Konzepte zur Integration von Schwerbehinderten in den allgemeinen Arbeitsmarkt

Grundsätzliche Einführung über staatliche Konzepte zur Integration von Schwerbehinderten in den allgemeinen Arbeitsmarkt und Erfahrungsaustausch.
TERMIN:
16. Mai 1992,
10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
ORT:
Körperbehindertenschule Halle,
Murmansker Straße
O-4090 Halle
ANMELDUNG:
Allgemeiner Behindertenverband in Halle / Sachsen-Anhalt
Tagesbüro
Herr Bunzel
Postfach 115
O-4090 Halle
TELEFON:
Halle 64 57 43

Tagungsgebühren werden nicht erhoben. Auf Antrag werden Fahrtkosten in Höhe der Kosten für das preiswerteste Verkehrsmittel an Empfänger von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erstattet.

In Vorbereitung

2
Werkstätten für Behinderte „Anspruch und Realität"

- Gesetz und Realität
- Initiative für „Arbeitnehmerstatus ..."
- Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich Werkstätten für Behinderte hinsichtlich der Rechtsstellung (Arbeitsvertrag), Entlohnung, Mitwirkung in Personal- und Sachentscheidungen.

TERMIN:
13. Juni 1992, 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
ORT:
O-4090 Halle
TAGUNGSBÜRO UND ANMELDUNG: siehe unter 1

In Vorbereitung

3
Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft

- Aufgaben und Arbeitsweisen der Hauptfürsorgestellen
- Begleitende Hilfen der Hauptfürsorgestellen im Arbeits- und Berufsleben einschließlich der Gewährung finanzieller Leistungen an Arbeitgeber und Schwerbehinderte
- Nachteilsausgleiche für Schwerbehinderte

TERMIN: 17. Oktober 1992
ORT: voraussichtlich Neubrandenburg oder Berlin
ANMELDUNG:
Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V.
„Für Selbstbestimmung und Würde"
Hauptgeschäftsstelle
Am Köllnischen Park 6-7
PF 107
O-1020 Berlin
TELEFON: Berlin 274 06 73
(Neue Rufnummer ab April: 23 80 66 73)

Anna-Katharina Jung

Programmatik ohne Ende?

Anlaß für mich, diesen Beitrag zu schreiben, bietet die 1. Beratungsrunde der Arbeitsgruppe „Programmatik"in diesem Jahr. Die Leitung hatte Vizepräsident Frank Merkel.
Läßt man das letzte Jahr nach der Veröffentlichung des Programmentwurfs in der STÜTZE 7/91 Revue passieren, muß man kritisch eingestehen, daß die Diskussion darüber - wie Änderungsvorschläge, Ergänzungen, Bemerkungen oder gar neue Entwürfe - sehr zähflüssig vonstatten ging beziehungsweise die Stimmen der ABiD-Mitglieder scheinbar völlig verklebten.
Mit Ausnahme von Dr. Hans-Dieter Hoyer, der am 15.02. 1992 einen neuen, durchaus diskussionswürdigen Programmentwurf vorlegte - gegliedert in Präambel, sozial-, gesundheits- und bildungspolitisches Programm (Auszüge siehe S. 36), und der Meinungsäußerung zu diesem Entwurf von Detlef Eckert.

In dem Wunsch, alle Aspekte zu erfassen und Formulierungen bis ins letzte Detail ausfeilen zu wollen, liegt die Gefahr der Schwammigkeit und weitschweifender Ziele. Darüber herrschte in der Beratung Einigkeit: Das Programm muß gestrafft, „Über- und Unterpräambeln" sollten vermieden, die inhaltlichen Schwerpunkte der praktischen Arbeit des ABiD kurz und prägnant fixiert werden.
Einige Mitglieder der Arbeitsgruppe bedauerten, mit diesem Programm nicht arbeiten zu können, da es keine Handlungsanleitung biete, keine Überlegungen zur konkreten praktischen Lösung der Aufgaben, das heißt das WIE (Wie will unser Behindertenverband seine Ziele verwirklichen?) wurde ignoriert. Stattdessen wurde ein Forderungskatalog aufgemacht, der den ABiD in die Position eines undefinierbaren, abgehobenen Überbaus abdrängt, den ja die Mitstreiter und Macher des Verbandes gar nicht wollen. Auch durch die reale Verbandsarbeit in den Kommunen und Ländern wird diese Positionsbestimmung widerlegt.

Aus diesem Grunde sind die Fragen: Was macht die Konkurrenz (gemeint sind die anderen Behindertenverbände und Selbsthilfeorganisationen)? und: Wo ist unser Standort? Welche Position beziehen wir, und wie hebt sie sich von den anderen ab? - unbedingt zum eigenen Selbstverständnis zu beantworten.
Nur so gelangen wir zu einem realistischen und auch Schritt für Schritt umsetzbaren Programm, wenn wir die Besonderheiten und Stärken erkennen, die zweifelsohne ein Dachverband wie der unsrige hat.

Programmatik ohne ENDE? - meint auch, damit endlich einmal zu einem praktikablen Ergebnis zu kommen. Zwei Jahre ABiD gingen bereits ins Land, und am 20. Juni dieses Jahres findet der 3. (außerordentliche) Verbandstag statt.
Erst am 27. September ist eine offene Veranstaltung zur Programmatik geplant - wieder ... (nur) DISKUSSION.
Und noch immer kein von allen Mitgliedern b e s t ä t i g t e s Programm - wie lange noch?

Lothar Brüning

Der Programmentwurf - eine Regierungserklärung

Es steht außer Frage - den ABiD will auch ich nicht abschaffen. Aber die mir vorliegende Überarbeitung des Programmentwurfes vom Oktober 1991 finde ich beschämend für einen Verband, der Anspruch auf eine Interessenvertretung der Behinderten in ganz Deutschland erhebt. Weshalb? Weil hier der Versuch gemacht wird, 150 Prozent zu erreichen.

Ich habe nichts gegen hohe Anforderungen, gegen weitgesteckte Ziele; wohl aber etwas gegen diesen Programmentwurf, der so umfassend ist, daß jede auch nur annähernde Realisierung durch den ABiD von vornherein angezweifelt werden muß. Nach meiner zweijährigen Arbeit im Behindertenverband Potsdam ist dies jedenfalls meine feste Überzeugung. Abgesehen davon, daß der Punkt 4.1 des Programmentwurfes nur aus der Überschrift „Prävention und Rehabilitation" besteht, und unter Punkt 6.0 eine Formulierung verwendet wird, die echte Behinderung zum Ausdruck bringt. (Zitat: Eines der größten Probleme ist die Behinderung der behinderten Menschen durch ihre Umwelt.). Das gesamte Programm vermittelt mir den Eindruck einer Rechtfertigung, einer Entschuldigung an die Menschen mit Behinderung. Ausgearbeitet, weil viele Probleme der Behinderten dem ABiD zwar bekannt sind, aber die Lösung des Einzelfalles nicht Sache des ABiD sein kann.

Was will, was kann und was soll denn der ABiD nun wirklich leisten?

Aus dem Programmentwurf ist dies nicht zu entnehmen.

„Der ABiD setzt sich ein ..., der ABiD fordert ..., der ABid tritt dafür ein ..." - diese plakativen Formulierungen werden zu allen nur irgendwie denkbaren Problemen im Leben behinderter Menschen gebraucht. Der Programmentwurf ist wie eine Regierungserklärung, ohne die Realitäten des Lebens, ohne geltende Gesetze zur Kenntnis zu nehmen. Und damit ist die Aussicht auf eine erfolgreiche Verwirklichung dieses Programms ganz, ganz klein.

Ich habe auch nichts dagegen, daß der ABiD für alle offen ist, sich für die Belange aller Menschen mit Behinderung einsetzt. Aber wo bleiben seine Mitglieder? Die Landesverbände, deren Kreis-, Orts- und Regionalgruppen, alle sind juristisch selbständig und bestimmen ihre Arbeit selbst. Im Programmentwurf steht nicht ein Wort, wie diese Verbände befähigt werden könnten, ihre Aufgaben zu lösen, wie eine gewisse Einheitlichkeit in der Arbeit - keine Gleichmacherei, keine Anweisung von oben - erzielt werden kann. Die meisten Vorstände arbeiten ehrenamtlich, ohne professionelle Erfahrung, „nur" mit dem Willen, sich für behinderte Menschen einzusetzen. Hier ist der ABiD gefordert, Anleitung zu geben, Erfahrungen zu vermitteln, die Vorstände zu befähigen, organisatorische und materielle Grundlagen zu schaffen.

Selbstbestimmung und Würde - ein gutes Wort, aber die Basisgruppen brauchen viel mehr, als im Programmentwurf steht - sie brauchen Hilfe zur Selbsthilfe!

Der ABiD braucht ein realistisches, glaubwürdiges Programm, realisierbar in überschaubaren Zeiträumen, eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit, eine Lobby!

Dann wird der ABiD zu dem werden, was er anstrebt - ein Bundesverband in Deutschland, ein „Macher" in der Behindertenpolitik.

Dr. Hans-Dieter Hoyer

Programmentwurf
- Auszüge -

Sozialpolitisches Programm

...

Ausgangs- und Bezugspunkt des sozialpolitischen Programms des ABiD ist die Beseitigung und Überwindung von ökonomischen, sozialen und kulturellen Beschränkungen in dem menschlichen Grundbedürfnis nach „Selbstbestimmung und Würde" bei Menschen mit Behinderungen, die ihren Nährboden im gesellschaftlichen Leitbild der Solidarität, Hilfe und Fürsorglichkeit finden und ein ökonomisch, aber auch sozial motiviertes Desinteresse für ihre selbständige und eigenverantwortliche Lebensführung auf der Grundlage eines weitestgehenden Zugangs zu Arbeit/Beschäftigung, Bildung und Kultur begründen.

...

Der ABiD orientiert sich in seinem sozialpolitischen Programm auf den zunehmenden Ausbau dezentralisierter und ambulant betreuter Lebensformen für Menschen mit Behinderungen und die dafür erforderlichen Sozialleistungen, zu denen er vor allem zählt:

1
Die bedarfsgerechte direkte Pflegegeldleistung, auf deren Grundlage Menschen mit Behinderungen die Hilfe, Pflege und/oder Betreuung (persönliche Assistenz) nach dem individuellen Bedarf wählen und finanzieren können und so - auch in Sondereinrichtungen - Einfluß nehmen auf die Art, den Umfang und die Qualität von Versorgungsleistungen.

2
Die Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit im Lebensunterhalt durch eine finanzielle Grundsicherung oder die weitestgehende Integration in Arbeit und Beruf anhand eines komplexen Serviceangebots für die Betriebe und die Menschen mit Behinderungen, das Kündigungsschutz, finanzielle Hilfen, technische Beratung und psychosoziale Betreuung bis hin zu eigenständigen Werkstätten und Selbsthilfefirmen umfaßt.

3
Die psychosoziale Betreuung von Menschen mit Behinderungen durch professionelle Nichtbehinderte, im Rahmen von „Peer Counseling" oder „Peer Support" (Beratung von Behinderten für Behinderte) oder in der Teilhabe an Selbsthilfeorganisationen mit dem Ziel, die Selbsthilfepotentiale von Menschen mit Behinderungen in der Bewältigung von Problemen zu aktivieren und zu stabilisieren, die sich aus beruflichen Situationen oder Aus- und Fortbildungen mit ihren Anforderungen an Leistung, Flexibilität und soziale Kompetenz ergeben können, aus der Arbeitslosigkeit (Langarbeitslosigkeit) mit ihren sozio-emotionalen Belastungen, aus familiären Konflikten und sozialen Konfliktlagen und aus therapieresistenten Krankheitserscheinungen.

4
Die uneingeschränkte Mobilität von Menschen mit Behinderungen in den Zielrichtungen:
- die Ausstattung derjenigen mit einem Pkw, die diesen bedienen können;

- der behindertengerechte Ausbau des öffentlichen Verkehrs, damit der größte Teil mobilitätsbehinderter Menschen die öffentlichen Verkehrssysteme nutzen kann;
- der Aufbau bzw. die Aufrechterhaltung eines Sonderfahrdienstes für diejenigen, die weder einen eigenen Pkw noch die öffentlichen Verkehrssysteme benutzen können.

5
Die Bereicherung von Kultur und Freizeit im Lebensalltag von Menschen mit Behinderungen im Zusammenhang mit der weiteren Ausgestaltung von Kulturstätten ... und der umfassenderen Erschließung von öffentlichen Kultureinrichtungen und Kulturveranstaltungen für sie.

6
Die Gewährleistung von familienentlastenden, -unterstützenden und -ergänzenden Betreuungsformen ...

Diese Sozialleistungen markieren die grundsätzlichen Leitlinien des ABiD im sozialpolitischen Ringen um die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen in dem Anspruch auf „Selbstbestimmung und Würde".

Gesundheitspolitisches Programm

Der ABiD verurteilt die Ideologie von Euthanasie/Eugenik mit ihrer Maxime, Auslesefunktionen in der Nachkommenschaft festlegen und übernehmen zu wollen.
...
Für den ABiD ist die Prävention von Behinderungen eine bedeutsame ... soziale und wissenschaftliche Aufgabe, in die er sich mit seinem speziellen Wissens- und Erfahrungsschatz einbringen kann und auch muß.
...
Der ABiD tritt für den Ausbau und die Intensivierung der wohnortnahen ambulanten Rehabilitation ein ...
...
Hilfsmittel gewinnen gerade hinsichtlich des Anspruchs von Menschen mit Behinderungen auf ein selbstbestimmtes Leben eine zunehmende Bedeutung.
Der ABiD fordert, daß die Forschungsinstitutionen und die Industrie bei der Entwicklung und Modernisierung von Hilfsmitteln eng mit den behinderten Menschen zusammenarbeiten, damit auch ethische Gesichtspunkte weitestgehend berücksichtigt werden können.
...

Bildungspolitisches Programm

Der Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben wird von Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen in der bildungspolitischen und pädagogischen Diskussion mit der Forderung nach integrativer Erziehung artikuliert. Die Forderung richtet sich gegen eine in Abhängigkeit von Art und Grad der Behinderung vorherrschende Bildungsselektion in Sonderschularten ...
Der ABiD sieht in dem gemeinsamen Leben, Lernen und Arbeiten zwischen behinderten und nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen (integrative Erziehung) bedeutsame Entwicklungseffekte für je-

den einzelnen und für das gesellschaftliche Potential an Humanität, Solidarität und Toleranz ...
Dabei geht er von folgenden Positionen aus:

1
Die integrative Erziehung ist auf ein Bedürfnis nach gemeinsamer Interaktion und Kommunikation zwischen behinderten und nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen in Lern-, Arbeits- und weiteren Lebensprozessen auszurichten ...

2
Die integrative Erziehung darf nicht auf eine institutionelle Alternative zwischen Sonder- und Regelbeschulung reduziert werden, sondern ist (muß sein) ein Grundmerkmal des pädagogischen Alltags in Bildungsinstitutionen.
...

3
...
Der Anspruch der integrativen Erziehung erfordert demzufolge die Überwindung eines „Unterrichtsdenkens". Das Zusammenleben von behinderten und nichtbehinderten Kindern und Jugendlichen muß zu einem bestimmenden Merkmal einer neuen Schulkultur werden, die den behinderten ... uneingeschränkte Mitteilungs-, Mitgestaltungs- und Identifikationsmöglichkeiten bietet und ihnen das Gefühl des Geborgenseins vermittelt.

4
Die integrative Erziehung setzt den Anspruch, das pädagogische Profil der Schule (Regel- oder Sonderschule) hinsichtlich einer Einbindung in das kommunale Umfeld zu verändern. Die Sonderschulen müssen sich hierbei bemühen, die gegenwärtig recht ausgeprägte sonderpädagogische Insel-Mentalität und Daseinsweise zu überwinden.
...

5
Der Anspruch der integrativen Erziehung schließt freizeitpädagogische Aufgaben ein, die den Bedürfnissen und Lebensbedingungen von Familien mit behinderten Kindern gerecht werden und neben angemessenen Spiel- und Bildungsangeboten auch Entlastungen in der Aufsichts- und Fürsorgepflicht erbringen.
...

6
Die Eltern behinderter Kinder sollten auf der Grundlage differenzierter Beratungen (u.a. Förderausschüsse) und im Rahmen zeitweiliger Umschulungen die Entscheidungsbefugnis zu Bildungswegen ihres behinderten Kindes erhalten ...

Programm konkret

Wie sieht die Umsetzung des Programms in den einzelnen Kommunen und Ländern real aus?
Welche Schwerpunkte werden in der Verbandsarbeit der Kreis- und Landesorganisationen gesetzt?

Mit dieser neuen Reihe möchten wir die unterschiedlichen praktischen Erfahrungen der Kreis- und Landesverbände des ABiD vorstellen: ihre Zielsetzungen, Herangehensweisen und Methoden der Durchsetzung - wie die jeweiligen Voraussetzungen im kommunalen Umfeld - und auch ihre Schwierigkeiten und Hindernisse bei der Bewältigung der gestellten Aufgaben.
Wir bitten alle Mitstreiter, uns ihre ganz spezifischen Erfahrungen mitzuteilen, denn nur so kann Programmatik anschaulich und faßbar werden.

Wir sprachen mit dem am 15. März d. J. wiedergewählten Vorsitzenden des „neuen" Behindertenverbandes Neubrandenburg e.V. Axel Wittmann. Das Material ist so kompakt, die Aufgaben, die dort bereits in Angriff genommen wurden, so vielseitig und spannungsvoll, daß wir es aus Platzgründen nicht auseinanderreißen wollen und Ihnen somit die Neubrandenburger Erfahrungen im nächsten STÜTZE-Heft vorstellen werden.

Höhen-Probleme?

Wir bieten Aufzüge, Lifte und viele Sonderkonstruktionen, um Höhen innen und außen zu meistern – schnell, einfach, sicher.

PERFEKTA

PERFEKTA-Maschinenbau GmbH · Ottostr. 11 · D-4052 Korschenbroich 3 (Glehn) · Telefon (0 21 82) 40 36-37

Proteste, Demos, Diskussionen

Fortsetzung der Information in der „STÜTZE" über Aktionen der ABiD-Landesverbände zum Europaweiten Protesttag für Gleichstellung und gegen Diskriminierung der Menschen mit Behinderungen am 5. Mai 1992

In Berlin ist was los

am Europaweiten Protesttag für Gleichstellung und gegen Diskriminierung der Menschen mit Behinderung.

AUFRUF
zur Teilnahme an der
Rollstuhlfahrerkette - Menschenkette

16.30 Uhr Aufstellung des Demonstrationszuges vor dem Dom im Lustgarten (1020 Berlin).

17.00 Uhr erfolgt der Start. Wir demonstrieren über die Karl-Liebknecht-Str. bis zum Alexanderplatz, vorbei am Hotel „Stadt Berlin", der Weltzeituhr, dem Kaufhaus, ziehen zum Fernsehturm, zum Neptunbrunnen und beenden die Demonstration vor dem Berliner Roten Rathaus gegen 18.30 Uhr mit einer Schlußkundgebung.

Danach bleibt noch viel Zeit zu Begnungen und Gesprächen im Raum um das Rathaus und der Rathausstraße.

Anziehungspunkt wird ein **Kulturprogramm** sein. Behinderte und nichtbehinderte Kinder werden gemeinsam mit der „Sonnenuhr" Theater spielen und anderen Beschäftigungen nachgehen, ein Liedermacher sorgt für ansprechenden „guten Ton", und beim Rollstuhltanz können Nichtbehinderte und behinderte Menschen einen flotten Dreher wagen.

Kontaktadresse für das Berliner Bündnis: **Behinderten-Liga e.V., Raduhner Str. 15, W-1000 Berlin 47.**
Ansprechpartner im Vorbereitungsteam: Rolf Barthel, Andrea Schatz, Martin Marquard (Telefon: 030/ 7 86 51 08)
V.i.S.d.P. Horst Etter (Telefon: 030/ 6 63 29 25, Mo. und Fr. 9.00 - 19.00 Uhr)

Sachsen-Anhalt
Infostand auf dem alten Markt

Der Allgemeine Behindertenverband in Sachsen-Anhalt, ABiSA, und der Behindertenverband der Stadt Magdeburg werden am 5. Mai einen Informationsstand auf dem Alten Markt von Magdeburg aufstellen, um auf die Probleme eines Lebens mit Behinderungen aufmerksam zu machen. An diesem Stand wird auch die Unterschriftensammlung für die Wiedereinsetzung des Behindertenbeauftragten des Magistrats der Stadt Magdeburg weitergeführt. Über eine Bürgerinitiative soll eine Verbesserung der Situation erreicht werden. Am Stand wird es neben Informationen und Gesprächsmöglichkeiten auch Musik, selbstgebackenen Kuchen und Kaffee geben.
Kontaktadresse:
O-3060 Magdeburg, Geschäftsstelle von ABiSA, Gerhard-Hauptmann-Straße 16, Tel.30 186 und 33 425

Suhl
Diskriminierungskatalog wird an Bürgermeister übergeben

Anläßlich des Europaweiten Protesttages für die Gleichstellung und Anti-Diskriminierung Behinderter hat sich in Suhl im Januar bereits ein Aktionsbündnis gebildet. Diesem gehören folgende Vereinigungen an: der Ortsverein Suhl des Blinden- und Sehbehindertenverbandes, die örtliche AG der Deutschen Reuma-Liga, die Ortsgruppe Suhl des Gehörlosenverbandes, die MS-Selbsthilfegruppe, die Selbsthilfegruppe Autistisches Kind, der Verband der Behinderten für den Stadt- und Landkreis Suhl e.V., Der Verband Eltern helfen Eltern e.V. und der Schwerhörigen-Ortsverein Suhl e.V..
Gegenwärtig erarbeitet das Aktionsbündnis einen Diskriminierungskatalog, der am 5. Mai dem Oberbürgermeister von Suhl übergeben werden soll. Eine Kurzfassung des Katalogs wird als Flugblatt am Aktionstag unter der Bevölkerung verteilt.
Weiterhin sind Aktionen gegen bauliche Barrieren und die Diskriminierung von Schwerstbehinderten bei der Nutzung der Bundesbahn vorgesehen. In Vorbereitung des Europaweiten Protesttages fand Mitte April im Rahmen des Dienstagpodiums der Landtagsfraktion „Neues Forum - Grüne - Demokratie jetzt" ein Diskussionsabend zum Thema „Brauchen wir ein Anti-Diskriminierungs-Gesetz für Behinderte?" statt.
Kontaktadresse:
Barbara Stötzer, Verband der Behinderten Thüringen e. V., Informations- u. Beratungszentrum Südthüringen, W.-Pieck-Straße 42, O-6017 Suhl, Tel. 518 481

Wer hat den Europa-Tag auf Marxens Geburtstag gelegt ?

Neubrandenburg
Demo mit Stopp vor unzugänglichen Gebäuden

Zwei Straßen der Neubrandenburger Innenstadt sind am 5.5. dicht. Mit Behindertenbussen werden sie abgesperrt, um einer Demonstration von Behinderten durch die Neubrandenburger Innenstadt Platz zu bieten. Vor Gebäuden, die für Rollifahrer unzugänglich sind, ist ein Stopp eingeplant, um auf den Mißstand nachdrücklich aufmerksam zu machen. Ein Halt wird z. B. vor der Hauptpost sein, der einzigen Post in der Innenstadt, für Rollstuhlfahrer nicht nutzbar! Auf dem Boulevard sind Gespräche mit kommunalen Politikern über den Düsseldorfer Appell, insbesondere über barrierefreies Bauen in Neubrandenburg geplant. Zum Abschluß des Tages wird vor dem Rathaus ein Protestmeeting stattfinden.
Zur Vorbereitung und Gestaltung des Anti-Diskriminierungstages schlossen sich alle Behindertenverbände der Stadt, die im Paritätischen Wohlfahrtsverband sind, zusammen.

Mit unheimlich viel Engagement haben deutsche Behindertenverbände, Initiativgruppen, Interessenvertretungen, Komitees, Arbeitsgemeinschaften den diesjährigen Anti-Diskriminierungstag vorbereitet. Die Methoden, Forderungen deutlich zu machen, auf Mißstände hinzuweisen, sind so vielfältig und interessant, daß wir uns entschlossen haben, einen detaillierten, europaweiten Ausblick auf den Anti-Diskriminierungstag zu geben.
Bestimmt macht es auch stark zu wissen, daß an diesem Tag Europa mit einem Netz von Aktionen überzogen sein wird, die alle das gleiche Ziel haben: Gesetze zu schaffen, die Diskriminierung behinderter Menschen verbieten, die ihre Gleichstellung ermöglichen.

Was geschieht in Deutschlands Städten am 5. Mai 1992?

Hier eine Auswahl von Veranstaltungen:

Potsdam: Schaffung und Übergabe einer rollstuhlgerechten Route durch die Potsdamer Innenstadt, Forum zur Lebenssituation Behinderter im Land Brandenburg.
Königs Wusterhausen: Info- und Kulturversanstaltung auf dem Marktplatz an der Schleuse.
Sangerhausen: Protest vor für Rollstuhlfahrer unzugänglichen Gebäuden, Aufstellen eines Forderungskataloges, Gesprächsrunde mit Politikern.
Weißenfels: Protest gegen unzugängliche Gebäude, Aktionen in der Innenstadt mit Rollstuhltanz, Rollstuhlfahren für Nichtbehinderte, Flugblatt- und Unterschriftenaktionen.
Jena: Demo mit Flugblattaktion in der Innenstadt, abends Talkrunde mit Politikern.
Leipzig: Protestaktion vor dem Rathaus.
Döbeln: Kundgebung auf dem Obermarkt.
Hamburg: Dezentrale Protestaktionen mit zentraler Kundgebung inder Nähe des Hamburger Rathauses.
Kiel: Übergabe einer Protestnote von Behinderten an den Sozialminister von Schleswig-Holstein.
Bremen:Protestaktion in der Innenstadt.
Hannover: Pavillon Diskussion und Kulturprogramm unter dem Motto: „Behindert (?!) Künstlerpech" - über die Diskriminierung behinderter KünstlerInnen im Rahmen des europäischen Behindertenkulturfestivals.
Hildesheim: Info-Stand in der Fußgängerzone mit Stellwänden und mehrmals aufgeführten Theaterstücken.
Braunschweig: Demo in der Innenstadt
Göttingen: Abendliche Diskussions- und Informationsveranstaltung, Info-Stand in der Innenstadt.
Kassel: Zentrale Pressekonferenz der KoordinatorInnen des Europaweiten Protesttages, Demonstrativer Stadtrundgang, Talkshow mit hessischen LandespolitikerInnen.
Veranstaltungsreihe zum Thema Gleichstellung Behinderter von April-Juni.
Düsseldorf: 3. und 4. Mai - Internationale Konferenz zur Gleichstellung behinderter Menschen.
Duisburg: Filmvorführung eines selbst gedrehten Dokumentarfilms zur Diskriminierung Behinderter mit anschließender Diskussion, Protestaktion in der Innenstadt.
Moers: Busfahraktion Behinderter mit für

Behinderte zugänglichen Bussen, anschließend Info-Stand und Klagewand in der Innenstadt.

Münster: Unterschriftensammlung und Übergabe an Politiker, Info-Stände über Diskriminierung Behinderter, Übergabe eines Briefes mit der Forderung nach Aufnahme von Behinderten in Art. 3, Abs. 3 des Grundgesetzes an die Verfassungskommission.

Minden: Große Anzeige in der Tagespresse zur Gleichstellung Behinderter, nachmittags Demonstration, abends Diskussionsveranstaltung.

Bonn: Veranstaltung zur Diskriminierung Behinderter in Werkstätten für Behinderte

Siegen: Diskussion zur Integration von behinderten Kindern in Regelkindergärten und Regelschulen.

Tübingen und Umgebung: Protestfahrt Behinderter in einem Zug der DB mit Pressekonferenz im Zug, Fahrt zum Kunstmuseum Tübingen und Protest gegen dessen Unzugänglichkeit für Behinderte.

Nürnberg: Zentrale Demo mit Protestaktionen gegen die Deutsche Bundesbahn, gegen den für RollstuhlfahrerInnen unzugänglichen öffentlichen Nahverkehr.

Wichtige Aktionen vom Ural bis zum Atlantik am Europaweiten Protesttag für Gleichstellung und gegen Diskriminierung der Menschen mit Behinderungen

Belgien: Plakataktion vor Ministerien, wo behinderte Menschen ihren Protest gegen Diskriminierung fotografisch dokumentieren.

Bulgarien: Pressekampagne für die Gleichstellung Behinderter in Vorbereitung des Aktionstages, Diskussionsveranstaltungen und Gespräche mit Ministern über die Situation Behinderter.

Dänemark: Übergabe von 100 Fotos von neuerrichteten öffentlichen Gebäuden aus 10 Städten Dänemarks an den Dänischen Mininster für Wohnen und Bauen.

Finnland: Zentrale Demo in der Innnenstadt von Helsinki, Treffen mit dem finnischen Justizminister.

Großbritanien: Protestaktionen von Behinderten in den Fußgängerzonen von mehr als 50 britischen Städten, Blockaden von für Behinderte unzugänglichen Gebäuden.

GUS: Fotoausstellung im Weißen Haus von Moskau über die Situation Behinderter in Rußland, Vorstellung der Philosophie des selbstbestimmten Lebens, Gespräche zwischen Behindertenvertreter und Volksdeputierten.

Italien: Medienkampagne für Gleichstellung und ein selbstbestimmtes Leben, Protestveranstaltung in der Innenstadt von Rom, Konferenz zum selbstbestimmten Leben Behindeerter, Rundgang von Behinderten durch die Stadt Castelvetrano.

Österreich: Pressekonferenz zur Forderung nach einem Anti-Diskriminierungsgesetz, eine Podiumsdiskussion „Anti-Diskriminierungs-Gesetz - Barriere oder Chance?"

Portugal: Zentrale Demo in Lissabon und Protestkundgebung.

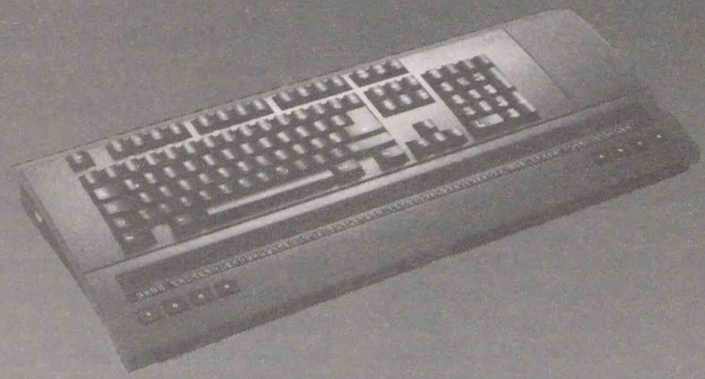
Schweden: Pressekampagne für Gleichstellung, gegen Diskriminierung am Beispiel des für Behinderte unzugänglichen öffentlichen Nahverkehrs.

Ungarn: Besuch im Parlament, gespielte Gerichtsverhandlung zur Situation Behinderter, Konferenz zur persönlichen Assistenz, Workshop über die schulische Integration behinderter Kinder, kulturelles Abendprogramm zur Situation Behinderter in Ungarn.

Wales: Brief-Schreib-Aktion an Parlamentsmitglieder, Pressekampagne für die Gleichstellung Behinderter.

BW PROFESSIONAL

Die **neue Braille-Zeile** aus dem **Modular-System**



- anschließbar an jeden IBM-kompatiblen PC
- **Software-Lösung ohne Steckkarten**
- **Cursor-Routing – extrem schnell und kontrolliert**
- **Mouse-Emulation**
- **nahezu kabelloses,** erweiterbares System – keine Insellösung
- **optimale Ergonomie –** ermüdungsfreies Arbeiten

Blista**EHG**

Marburg · Horb · Germany

BlistaEHG Gemeinnützige Gesellschaft für
Elektronik und Hilfsmittel mbH

Industriestraße 11 · D-3550 Marburg
Telefon: (0 64 21) 802 - 0 · Telefax: (0 64 21) 8 02 14

Brunnenstraße 10 · D-7240 Horb-Nordstetten
Telefon: (0 74 51) 70 51 / 52 · Telefax: (0 74 51) 48 64

Fordern Sie unverbindlich Informationsmaterial an!

SCHREIBAUFRUF

Wie geht es Euch? Jetzt? Leben in Deutschland

Der Autorenverband e.V. Leipzig hat ein Projekt ins Leben gerufen, das neue soziale Erfahrungen nach der Wende in einer Broschüre dokumentieren will.
Die Lebenssichten behinderter Menschen sollten in dieser Dokumentation auf keinen Fall fehlen. Und eine Auseinandersetzung mit den Problemen Behinderter in breiter Öffentlichkeit ist vielfältig nutzbringend.
Ein Anliegen, dem sich auch der ABiD verpflichtet sieht und aus diesem Grunde den Aufruf zum Schreiben voll unterstützt.

Wie geht es Euch? Jetzt? Leben in Deutschland ... Unser Leben verändert sich mit atemberaubender Schnelligkeit. Es reißt uns mit sich. Manchmal halten wir verwirrt inne und fragen: Sind wir noch die, die wir waren? Wie haben sich die zweifellos ungeheuren äußeren Veränderungen der letzten beiden Jahre in Deutschland auf unser Inneres ausgewirkt? Was taugt noch, was ist bewahrenswert, wenn alte Verhaltensmuster radikal verändert werden müssen? Zumindest meinen dies ernstzunehmende Leute. Aber vielleicht sind Sie ganz anderer Meinung!?
Geht es uns besser, schlechter - oder ist diese Frage so einfach nicht zu beantworten?
Wir glauben, es ist an der Zeit, sich diesen Themen zu stellen und Probleme öffentlich zu machen. Warum sollte man nicht Erfahrungen dokumentieren, schreibend den Dingen näher kommen - oder Abstand gewinnen?
Wir - der Autorenverband - haben es uns zur Aufgabe gemacht schreibende Laien zu beraten und zur Wortmeldung zu ermuntern. Mit dem neuen Projekt „Wie geht es Euch?“ ist dafür eine Möglichkeit geschaffen.
Überwinden Sie Ihre Scheu vor der öffentlichen Äußerung! Nutzen Sie die Chance, auf Ihre Situation aufmerksam zu machen! Geben Sie Erfahrungen weiter! Wecken Sie Widerspruch - laut, leise, aggressiv!
Es interessiert sehr, wie Menschen, die sich - aus welchem Grund auch immer - an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlen, ihre Lage sehen.
Wir bieten Hilfe bei der literarischen Umsetzung Ihrer Ideen. Und es liegt uns am Herzen, möglichst viele Sichten in der geplanten Publikation darzustellen. Also: Offen für jede Art der Wortmeldung!
Wer bereits Texte in der Schublade hat oder wer erst jetzt auf den Gedanken kommt, daß ein Schreibversuch lohnen würde -
wer also nähere Auskünfte über unser Projekt haben möchte, wende sich bis spätestens Ende Oktober 1992 an:

Autorenverband e. V.
K.-Liebknecht-Str. 8 - 12
O-7010 Leipzig
oder
Katrina Moschner
Holbeinstraße 5
O-7031 Leipzig
Telefon: 47 21 30

URLAUB IN DEN BERGEN

Ferien für ältere, gehbehinderte Menschen oder Rollstuhlfahrer müssen in Kärnten, Österreich, nicht anstrengend sein.

Der in seiner zweiten überarbeiteten Fassung erschienene **Kärnten-Führer für Behinderte** enthält 170 Einrichtungen, die auf diese Gruppe von Urlaubern eingestellt sind. Aufgeführt sind jedoch nicht nur behindertengerecht eingerichtete Hotels und Gasthöfe. Es wurde auch darauf geachtet, daß die Türen für Rollstuhlfahrer breit genug sind, und daß statt Stufen Rampen das Gehen oder Rollen erleichtern.

Nähere Auskünfte:
Kärntner Tourismusgesellschaft
Hallegger Straße 1
A-9201 Krumpendorf
Austria

Michael Rüther

Die letzte Instanz

Pflegeleistungen für Personen, die infolge von Krankheit oder Behinderung so hilflos sind, daß sie der Versorgung und Pflege bedürfen, bieten verschiedene Leistungsträger in Abhängigkeit von der Ursache (Kausalitätsprinzip) als Hilfe an. Wenn jedoch diese vorrangig verpflichteten Sozialleistungsträger aus unterschiedlichen Gründen keine Leistungen erbringen, der Hilfesuchende sich nicht selbst helfen kann und notwendige Zuwendung auch nicht von anderen erhält, ist eine Hilfe zur Pflege im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen nach dem Bundessozialhilfegesetz möglich.
Die Hilfe zur Pflege richtet sich jeweils nach dem Schweregrad der Pflegebedürftigkeit und den entstehenden Kosten. So kann zum Beispiel bei Pflege durch einen Angehörigen, obwohl der zu Pflegende schwerstpflegebedürftig ist, ein geringerer Betrag gewährt werden als bei der Pflege durch eine Fachkraft oder bei Heimpflege.
Neben der finanziellen Unterstützung, die bei der Hilfe zur Pflege im Vordergrund steht, sollten dem Bedürftigen auch Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden, die der Erleichterung seiner Beschwerden dienen.
Nach § 68, Abs. 2, BSHG, sollen nach Möglichkeit auch angemessene Bildung und Anregungen kultureller Art sowie die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Die Höhe der Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Bundessozialhilfegesetz ist in vier Pflegestufen eingeteilt. Bei nichtgesteigerter Pflegebedürftigkeit (erste Stufe) gewährt das Sozialamt Hilfe zur Pflege durch die Erstattung angemessener Aufwendungen für eine Pflegeperson; eventuell auch die Übernahme von Beiträgen zur Krankenversicherung und einer angemessenen Altersversorgung der Pflegekraft.
Erst ab der zweiten Stufe, bei gesteigerter Pflegebedürftigkeit, wird ein Pflegegeld bis zu maximal 220,00 DM (neue Bundesländer) gezahlt.
Nach § 69, Abs. 3, Satz 1 Bundessozialhilfegesetz (BSHG), gelten für die Pflegestufe 2 folgende Voraussetzungen:

- Vollendung des ersten Lebensjahres bzw. vor Vollendung des ersten Lebensjahres, wenn der Umfang der notwendigen Pflege die Pflege für ein gleichaltriges gesundes Kind erheblich übersteigt.

- Der Pflegebedürftige ist angewiesen auf Versorgung und Pflege für die gewöhnlichen und täglich wiederkehrenden Verrichtungen in erheblichem Umfang und dauerhaft (länger als sechs Monate).

Für die außergewöhnliche Pflegebedürftigkeit (Stufe 3) nach § 69, Abs. 4, Satz 2 BSHG, gelten ähnliche Voraussetzungen wie bei der Stufe 2. Dabei ist die Pflege in der Stufe 3 besonders erschwert, da sie mit besonderen Peinlichkeiten verbunden ist. In der Pflegestufe 3 besteht ein Anspruch

auf Pflegegeld zwischen 220,00 DM bis maximal 600,00 DM.
Ab Pflegestufe 4, bei der eine äußerste Pflegebedürftigkeit gemäß Durchführungsverordnung zu § 24 BSHG gegeben sein muß, wird das Höchstpflegegeld in Höhe von 600,00 DM gezahlt.
Die Klärung der Frage, welcher Grad der Pflegebedürftigkeit vorliegt, wird in der Regel durch einen Mitarbeiter des Sozialamtes in Zusammenarbeit mit dem amtsärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes veranlaßt.
Die Sozialämter verwenden häufig Listen mit Prüfkriterien (Punktsystem), anhand derer der Grad der Pflegebedürftigkeit und die Notwendigkeit der Pflege festgestellt wird.
Statt einer Gewährung von Pflegegeld oder der Übernahme von Kosten für eine besondere Pflegekraft können auch die Kosten für die Pflege in einem Heim aus Mitteln der Sozialhilfe bestritten werden. Dabei ist der offenen Hilfe absoluter Vorrang einzuräumen, unabhängig davon, ob sie teurer ist als die Pflege in einem Heim (§ 3a BSHG).
Wie bei allen Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz ist die aktuelle Bedürftigkeit durch Einkommens- und Vermögensprüfung erforderlich.
Für die Hilfe in besonderen Lebenslagen gelten auch besondere Einkommensgrenzen, die je nach Hilfe unterschiedlich sind. Die Einkommensgrenze errechnet sich wie folgt (Stand 1.7.1991):
Der Grundbetrag für den Hilfesuchenden der Pflegestufe 1 beträgt 780,00 DM; der Pflegestufen 2 und 3 ist 1175,00 DM; und bei der Hilfe nach Pflegestufe 4 werden 1800,00 DM gezahlt. Zuzüglich dabei die Kosten für eine angemessene Unterkunft sowie einen Familienzuschlag in Höhe von 80 Prozent des aufgerundeten Betrages des Sozialhilferegelsatzes eines Haushaltvorstandes für den nicht getrennt lebenden Ehegatten und jede weitere Person, die vom Hilfesuchenden oder seinem nicht getrennt lebenden Ehegatten bisher überwiegend unterhalten wurde.
Liegt das tatsächliche Einkommen über der errechneten Einkommensgrenze, so hat sich der Pflegebedürftige in angemessenem Umfang an den Pflegekosten zu beteiligen. Bezüglich des Einsatzes von Vermögen sind Schonbeträge festgelegt. In den Pflegestufen 1 bis 3 sind kleinere Barbeträge (in Höhe von 4500,00 DM für die Pflegeperson, 1200,00 DM für den nicht getrennt lebenden Ehegatten und 500,00 DM für jede weitere Person, die vom Hilfesuchenden unterhalten wird) geschützt. In der Pflegestufe 4 beträgt das geschützte Barvermögen für den Hilfesuchenden 8000,00 DM. Für den nicht getrennt lebenden Ehegatten liegt es bei 1200,00 DM und für jedes weitere Familienmitglied 500,00 DM.
Die Durchsetzung der Leistung erfolgt auf Antrag beim zuständigen Sozialamt.
Auf einen ablehnenden Bescheid kann der Hilfesuchende Widerspruch einlegen. Wird dem Widerspruch nicht entsprochen, so steht dem Hilfesuchenden der Verwaltungsgerichtsweg offen.

Aktuelle Probleme des Sozialrechts

Leistungen bei Schwerpflegebedürftigkeit

Unter Schwerpflegebedürftigkeit in Sachen des Sozialgesetzbuches V - Leistungen der Krankenkassen - versteht der Gesetzgeber

Personen, die hilflos sind, daß sie Pflege „für die gewöhnlichen, regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens auf Dauer in sehr hohem Maße bedürfen".
Mit den Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens sind insbesondere gemeint:

Körperhygiene
also das selbständige Waschen, Duschen oder Baden, Zähneputzen, aber auch An- und Auskleiden, die selbständige Nutzung der sanitären Einrichtungen sowie das Reinigen der Wohnung etc.

Ernährung
also selbständige Nahrungszubereitung und/oder Nahrungsaufnahme

Bewegung
innerhalb und außerhalb der Wohnung sowie selbständiges Aufstehen und Zubettgehen etc.

Kommunikation
also Sprechen, Sehen und Hören.

Der medizinische Dienst der Krankenkassen hat die Aufgabe, die vom behandelnden Arzt festgestellten Krankheitsbilder im Hinblick auf die Schwerpflegebedürftigkeit in der Regel in häuslicher Umgebung zu überprüfen. Die Hilfsbedürftigkeit muß in sehr hohem Maße bestehen. Das heißt, der Schwerpflegebedürftige bedarf in den bereits genannten Bereichen der Hilfe.
Auf Antrag des Schwerpflegebedürftigen übernimmt die Krankenkasse dann auf der Grundlage der §§ 53 bis 57 Sozialgesetzbuch V folgende Leistungsarten:

1
Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung mit (bis zu) 25 Stunden im Monat. Diese Versorgung und Pflege sind neben der zeitlichen Begrenzung mit 750,00 DM pro Monat limitiert.

2
Anstelle stundenweiser Pflegehilfe kann der schwerpflegebedürftige Versicherungsnehmer ein Pflegegeld von 400,00 DM pro Monat beanspruchen. Das entfällt jedoch, wenn er sich in stationäre Behandlung eines Krankenhauses begeben muß. Der Pflegebedürftige hat also eine Wahlmöglichkeit zwischen Sachleistung im Sinne der pflegerischen und hauswirtschaftlichen Versorgung oder der Geldleistung.

3
Finanzierung einer Vertretung, wenn die Pflegeperson wegen Urlaub oder Krankheit die Pflege nicht weiterführen kann. Die Vertretung kann bis zu vier Wochen dauern und wird jeweils nach zwölf Monaten Pflegeleistung einmal vergütet - bis zu 1800,00 DM.
Während des Einsatzes der Vetretung und der Vergütung in Höhe von 1800,00 DM entfällt das Pflegegeld. Die Grundpflege

und hauswirtschaftliche Versorgung mit (bis zu) 25 Stunden kann während dieser Zeit zusätzlich in Anspruch genommen werden.

Diese Leistungen kann der schwerpflegebedürftige Versicherungsnehmer nur dann in Anspruch nehmen, wenn die Vorversicherungszeiten erfüllt sind. Das bedeutet, daß die Krankenversicherung zu 90 Prozent der zweiten Hälfte des Erwerbslebens und in den letzten fünf Jahren vor der Feststellung der Schwerpflegebedürftigkeit wenigstens drei Jahre lang bestanden haben muß.
Vereinfacht dargestellt: Bei Schwerpflegebedürftigkeit müßte also eine gesetzliche Krankenversicherung für mindestens 13,5 Jahre nachgewiesen werden. Bei Personen, die nie einer Erwerbstätigkeit nachgehen konnten, tritt an die Stelle der erstmaligen Aufnahme der Erwerbstätigkeit der Tag der Geburt.
Bei mitversicherten Kindern reicht es aus, wenn ein Elternteil die Vorversicherungszeiten erfüllt hat.
Auf Antrag erhält der Schwerpflegebedürftige einen Bewilligungsbescheid - bzw. eine Ablehnung.
Gegen die Entscheidung ist das Rechtsmittel des Widerspruchs innerhalb einer Frist von vier Wochen möglich.

Am Ende der Sowjet-union: GAU in der GUS?

Die atomare Zukunft Europas: Endgelagert? Oder strahlend wie stets? Nur eines von vielen fesselnden Themen des SONNTAGSBLATTS. Der christlichen Wochenzeitung, die mutig, offen und fair berichtet. Ein Probe-Abo gefällig?

Kostenlos und unverbindlich, versteht sich.
Einfach anrufen **040 / 41 41 90** oder schreiben an:
DEUTSCHES ALLGEMEINES SONNTAGSBLATT, Mittelweg 111, 2000 Hamburg 13.

DEUTSCHES ALLGEMEINES
SONNTAGSBLATT
SEITEN UND KEHRSEITEN

Behinderung und Sexualität

Probleme und Lösungsmöglichkeiten
von H. Offenhausen
160 Seiten Bestell-Nr. 82 01 DM 16, –

Abweichend vom allg. Tenor der bisher geschriebenen Bücher wird hier versucht den betroffenen auch praktische Ratschläge undHinweise zu geben, wie sie ihre Probleme mindern, überwinden oder im Idealfall sogar lösen können.

Weitere interessante Bücher auf diesem Sektor erhalten Sie bei uns. Fordern Sie doch ein Prospekt an.

Bestellungen an:
Reha-Verlag
Roonstr. 30 5300 Bonn 2

Anzeigenannahme für DIE STÜTZE
Dr. Rudolf Turber,
Oberspreestraße 61 b, O-1190 Berlin
Konto der Anzeigenverwaltung:
Berliner Sparkasse BLZ 100 50 000,
Kto.-Nr. 1513010669
Anzeigenpreis: Private Kleinanzeigen (einspaltig) je Zeile DM 3,00
1 Seite DM 500 · 1/2 Seite DM 270
1/4 Seite DM 150

Sie 49/1,56, gehbeh., EU-R, schl., jggebl. Wesen, angen. Äuß., Kauffr., FSA, NR, Int. f. Mus., Lit., Reisen, Auto u.a. su. s. verständnisv., intell., niveauv. **Ihn** m. Herz und Wärme, Beh. angen., ev. Land Sachsen, n.B.
Chiffre Nr. 048/92

...VOM NULLTARIF BIS EXKLUSIV

RONALD BÖSCHE
OPTOMETRIST

BRILLEN KONTAKTLINSEN

Greifswalder Straße 3 (Königstor)
O-1055 Berlin
Telefon 4 26 15 26

Öffnungszeiten:
Mo., Di., Fr. 9 bis 18 Uhr
Donnerstag 9 bis 19 Uhr
Sonnabend 9 bis 12 Uhr

– rollstuhlgerechter Eingang
– Sofortreparaturen
– Lieferant aller Krankenkassen

Informationsreise in die USA

In der Zeit vom 28.3.1992 bis 10.4.1992 weilte eine Delegation des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau des Deutschen Bundestages - darunter Dr. Ilja Seifert - im Rahmen einer Informationsreise in den USA. In mehreren Großstädten, u.a. San Francisco, New Orleans, New York und Washinton, erhielt die Abordnung Einblicke in das Spektrum behindertengerechten Bauens in städtischen Ballungsgebieten; darüber hinaus konnten die Delegationsmitglieder Erfahrungen einholen, die das Antidiskriminierungsgesetz der USA im Hinblick auf das Bauwesen bewirkt.

DIE STÜTZE wird demnächst darüber berichten!

Rollstühle für Chebuksary

Der Service-Ring-Berlin e.V. (SRB)- unterstütze im März 1992 eine Hilfsaktion für die sibirische Stadt Chebuksary.
Diverse Rollstühle und Gehhilfen, Verbandstoffe, Sanitärartikel und Medikamente wurden auf den Weg gebracht. Die Mittel stammen aus dem Fundus gebrauchter und in Eigenarbeit wiederaufbereiteter Hilfsmittel des gemeinnützigen Vereins bzw. aus Sachspenden, die dem SRB für Hilfsaktionen zur Verfügung gestellt wurden.
Mit dieser Initiative unterstützte der Service-Ring-Berlin ein Projekt der „Direct Aid", einer Hilfsorganisation, die durch Studenten aus mehreren Ländern betrieben wird. Diese war bereits 1991 mit einem Hilfsmitteltransport nach Chebuksary gefahren. Die diesjährige Aktion bedeutet Hilfe für behinderte unbd kranke Menschen der sibirischen Kreisstadt.
Gemeinsam mit „Direct Aid" will der Service-Ring-Berlin auch längerfristige Kontakte mit der Gemeinde Chebuksary aufbauen. Neben den Spenden wurden Briefe an die Empfänger mitgeführt.
Der Hilfsmitteltransport führte über Warschau, Smolensk, Moskau. Die Reise - einer Expedition gleich - mußte im Winter durchgeführt werden, da Flüsse und Wege mangels Brücken sonst unpassierbar sind.
Der Service-Ring-Berlin will künftig die internationalen Kontakte weiter ausbauen und sucht Spender und Sponsoren.
Wer gebrauchte Hilfsmittel, Rollstühle und Spenden für weitere Hilfsaktionen zur Verfügung stellen kann, sollte sich wenden an:
Service-Ring-Berlin e.V.
Spandauer Damm 46/48
W-1000 Berlin 19
Telefon: 322 40 20 / 321 40 38

Stiefkinder der Forschung?

In den letzten 20 Jahren wurde von den zuständigen Stellen der Bundesrepublik kein einziges Forschungsvorhaben zur Neu- oder Weiterentwicklung von Rollstühlen gefördert. Es gab nur ein Forschungsvorhaben zur Entwicklung geeigneter Rollstuhlfahrerkleidung. Der Bonner REHA-VERLAG (Postfach 20 11 61, W-5300 Bonn 2) verweist in einer Fragebogenaktion darauf, daß auch Rollstuhlfahrer Anspruch auf die Anwendung bisheriger Forschungsergebnisse auf den Gebieten Raumfahrt, Metalltechnik, Fahrzeugbau, Elektronik usw. für die Weiterentwicklung von Rollstühlen und

eine größere Mobilität haben. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, führt er gegenwärtig eine Fragebogenaktion für Rollstuhlfahrer und deren Betreuer durch. Gefragt wird unter anderem:

Was gefällt Ihnen an Ihrem Rollstuhl besonders gut (bzw. überhaupt nicht)? Was sollte an Rollstühlen verbessert werden? So beispielsweise an Schieberollstühlen, Elektrorollstühlen, an Transportmöglichkeiten im Auto, in Bussen, in der Eisenbahn, im Flugzeug. Was sollte zum Witterungsschutz getan werden, und welche Ideen gibt es zur Entwicklung zweckmäßiger Kleidungsstücke?

Nach erfolgter Auswertung der Umfrage sollen die Ergebnisse den zuständigen Ministerien mit der Forderung vorgelegt werden, entsprechende Forschungsaufträge zu vergeben und zu fördern.
Ein Tip für die Beschaffung notwendiger Gelder: Soll nicht allein der Bau eines einzigen „Jäger 90" etwa 200 Mio DM kosten?!

Bruno Franz

SPECIAL OLYMPIC GAMES 1992

SPECIAL OLYMPICS BELGIEN wird in der Zeit vom 28. bis 30. Mai 1992 in Louvain-La-Neuve die „1992 SPECIAL OLYMPIC GAMES" durchführen.
Die Bedingungen für die Teilnehmer aus Deutschland schreiben ein Mindestalter von acht Jahren sowie eine Mitgliedschaft in einer SPECIAL OLYMPIC DEUTSCHLANDS angeschlossenen Institution vor. Der ABiD z.B. gehört als juristische Person dem Verein SPECIAL OLYMPICS DEUTSCHLAND e.V. in Würzburg an.
Für die Schwimmwettbewerbe in Louvain-La Neuve sind vier deutsche SportlerInnen ausgewählt worden.

In Berlin bereiten gegenwärtig Vertreter des Berliner Behinderten-Sportverbandes, des Landesverbandes der „Lebenshilfe", des Sportclubs Siemensstadt, des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg und der Sportgemeinschaft REHABILITATION Berlin-Lichtenberg das **„2. Gesamtberliner Sport- und Spielfest für Menschen mit geistiger Behinderung"** vor. Es soll unter der Bezeichnung „SPECIAL OLYMPICS Berlin 1992" vom 12. bis 14. Juni 1992 im Freizeit- und Erholungszentrum in der Berliner Wuhlheide stattfinden. Gäste werden auch aus der Mark Brandenburg erwartet.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, übernahm die Schirmherrschaft.

Gesucht werden jetzt noch freiwillige Helfer. Auch ist jede andere Art materieller oder finanzieller Hilfe willkommen.

c/o: SG Rehabilitation
Berlin-Lichtenberg,
Archenholdstr. 102,
O-1136 Berlin,
Telefon: 52 52 123

Seminar für behinderte Studieninteressierte

Die Beratungsstelle für behinderte Studienbewerber und Studenten des Deutschen Studentenwerks bietet vom
09. - 11. Juni 1992
im Schloß Heiligenhoven
in Lindlar
ein Informationsseminar für behinderte und chronisch kranke Studieninteressierte an.
Das Seminar befaßt sich mit wichtigen Fragen zur Vorbereitung und Durchführung des Studiums: von der Zulassung über die Organisation von Wohn- und Pflegemöglichkeiten, die Sicherung der Mobilität bis hin zu Studienhelfern, technischen Hilfen und Studienfinanzierung.
Nähere Auskünfte zum Seminar in Lindlar sind zu erhalten bei der
Beratungsstelle für behinderte Studienbewerber und Studenten des Deutschen Studentenwerks
Weberstr. 55
W-5300 Bonn
Telefon: 0228/ 269 06-62
Anmeldeschluß für das Seminar ist der 13. Mai 1992!

FILME zum Thema „Behinderte / Rehabilitation"

Die Bundesanstalt für Arbeit hat das Deutsche Filmzentrum und die Landes-Verleihstellen mit dem Verleih ihrer Filme beauftragt. Dort können die Medien kostenlos ausgeliehen werden. Berufskundliche Filme werden als 16-mm-Kopien oder/und als Videokassetten (System VHS) angeboten.
Die erste Bestellung sollte wegen der Vergabe einer Kunden-Nummer schriftlich erfolgen.
Nachfolgende Filme (16 mm) bzw. Videokassetten sind zu diesem Thema verfügbar:
Behinderung - ein Hindernis? / V 1918-6
Berufsausbildung - Chance für Behinderte / F 0378-0
Berufsausbildung - für Körperbehinderte maßgeschneidert / F 0388-0
Berufsvorbereitung - Starthilfe für Lernbehinderte / F 0428-0
Berufswahl und berufliche Eingliederung Behinderter / V 2548-9
Berufswahl und berufliche Eignung / F/V 2308-9
Berufswechsel aus Gesundheitsgründen / V 2418-9
Blinde im Beruf / V 2468-6
Ein Berufsförderungswerk / F 0578-1
Eine normale Ausbildung konnte ich nicht machen / V 1618-3
Lernen ohne zu hören / F 1758-4
Mein Chef war am Anfang recht skeptisch / F 1798-4
Seit 19 Jahren querschnittgelähmt / F/V 2058-6
(Quelle: „Filme '92", Ein Katalog der BA für Arbeit)
Im gleichnamigen Katalog sind weitere berufskundliche Filme zu verschiedenartigen Themen ausgewiesen.
Anschriften der Landes-Filmverleihstellen in den neuen Bundesländern:

W-1000 Berlin 12, Bismarckstr. 80
O-1800 Brandenburg, Paul-Nicolai-Str. 12
O-1200 Frankf./O, Große Oderstr. 26-27
O-2786 Schwerin, Tannenhöfer Allee 4
O-4350 Bernburg, Bahnhofstr. 14
O-5020 Erfurt, Stiftsgasse 4a
O-7050 Leipzig, Bautzmannstr. 1
Dr. E.Tischer

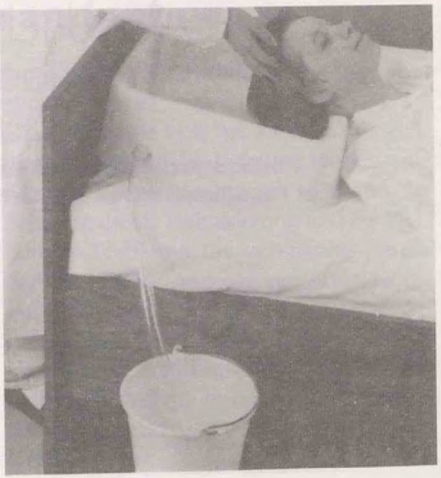
Rollstuhltanz-Lehrgang

Der DRS - Fachbereich Tanz führt am 09. Mai 1992 in der Zeit von 9.30 - 17.00 Uhr einen Rollstuhltanz-Lehrgang für Standard-, Lateintänze und Rock'n Roll durch. Der Ort wird noch bekanntgegeben. Lehrgangsleiterin ist Frau Ingrid Schietinger. Da die Teilnehmerzahl begrenzt ist, erfolgt eine Bestätigung in Reihenfolge der Anmeldung.
Die Lehrgangsgebühr übernimmt der DRS. Fahrtkosten gehen zu Lasten des Teilnehmers, auch haftet der Veranstalter nicht für Sport- und Wegeunfälle.
Anmeldung:
Horst Rosenberger
Poelchaustr. 4 / 0206
O-1140 Berlin

Optische Hilfsmittel übergeben

Dringend benötigte optische Hilfsmittel wurden der Brandenburgischen Schule für Blinde und Sehbehinderte in Königs Wusterhausen von der Arbeitsgruppe Vergrößernde Sehhilfen der Augenoptiker-Innung in Berlin übergeben.
Die Sendung umfaßt vergrößernde Sehhilfen - vornehmlich Lupen - und spezielle Lampen im Wert von 50.000 DM. Sie dienen den Sehbehinderten, Standard-Druckerzeugnisse zu lesen.

Haarpflege



Haarpflege ist bei gesunden Menschen absolut kein Problem.
Zu einem fast unlösbaren kann sie aber bei kranken, bettlägerigen Personen werden.
Wir entdeckten ein äußerst praktisches Hilfsmittel, das eine Haarwäsche im häuslichen und im stationären Pflegebereich hervorragend erleichtert: ein mobiles Haarwaschbecken.
Durch eine verstärkte Nackenauflage liegt der Kopf bequem, und mühelos kann Wasch- und Spülwasser abgeleitet werden.
Die Fa. Jacob aus Hanau bietet dieses Hilfsmittel für etwa 160,- DM an.

Das vorletzte Wort

Wahrheiten verwandeln sich in Dogmen, sobald sie diskutiert werden.

Gilbert K. Chesterton

Erhard
Friedrich
Verlag
Velber

Pädagogische Zeitschriften in Zusammenarbeit mit Klett

Ein Freund, ein guter Freund

zusammen ist die Zeitschrift für behinderte und nicht behinderte Mitmenschen. ***zusammen*** setzt sich ein für das Zusammenleben behinderter und nicht behinderter Menschen in unserer Gesellschaft. ***zusammen*** bietet Ihnen Berichte, Notizen, Informationen, Erfahrungsberichte und Tips für die Praxis.

zusammen
erscheint 10mal jährlich + 1 Jahresheft;
Abonnement-Preis DM 77,– zzgl. Versandkosten.

Ich bestelle (Zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **ein Vorzugsabonnement** für **zusammen**. Ich erhalte zwei zusätzliche Hefte kostenlos.

☐ **ein Kennenlernangebot** – Bitte senden Sie mir unverbindlich und kostenfrei **zusammen** zu.

☐ **ein Studienabonnement** für Studenten, Lehrer in der Ausbildung und Lehrer ohne Anstellung. Die Hälfte der im ersten Halbjahr des Bezugszeitraumes gelieferten Hefte bleibt unberechnet (außer Jahresheft). Ein Nachweis liegt bei.

Bitte Coupon ausschneiden und einsenden an:
Erhard Friedrich Verlag,
Postfach 100150, W-3016 Seelze/Velber

Name Vorname 412

Schulart/Schulstufe/Fächerkombination

Straße

PLZ Ort

Datum Unterschrift

Die Bestellung kann binnen einer Woche gegenüber dem Erhard Friedrich Verlag widerrufen werden. Zur Fristwahrung genügt die Absendung innerhalb der Frist (Poststempel).

Datum 2. Unterschrift

Helga Heise

Elterntreffen in Neubrandenburg

Am 12.2.1992 trafen sich im Neubrandenburger Kommunikations- und Beratungszentrum des ABiD e.V. Eltern behinderter Kinder mit Spina bifida (Spaltbildung der Wirbelsäule) und Hydrocephalus (Störung des Hirnwasserkreislaufes). Diese Krankheit ist angeboren und führt zu verschiedenen Sekundärbeeinträchtigungen, die zumeist von einer teilweisen Querschnittslähmung ausgehen.

Zu diesem ersten Treffen hatten die Eltern Herrn Becker aus Dortmund von der Geschäftsstelle der „Arbeitsgemeinschaft Spina bifida und Hydrocephalus (ASBH)" eingeladen. Herr Becker informierte über die Entstehung der Arbeitsgemeinschaft, deren Ziele und Angebote. Dann gab er eine Übersicht über das Spektrum der Sozialleistungen, die Eltern mit behinderten Kindern in Anspruch nehmen können. Der Schwerbehindertenausweis, die Hilfe der Krankenkassen zur häuslichen Pflege sowie die Hilfe zur Pflege vom Sozialamt und Nachteilsausgleiche nach dem Einkommenssteuergesetz waren die Schwerpunkte der Diskussion. Dabei wurde deutlich, daß noch große Unkenntnis über die Möglichkeiten der Inanspruchnahme bei den Eltern herrscht. Deshalb stellen viele Eltern entweder erst gar keine Anträge auf zustehende Leistungen oder geben sich mit abschlägigen Bescheiden der Behörden und Krankenkassen zufrieden.

Herr Becker wies darauf hin, daß ein hoher Prozentsatz der Bescheide in den Altbundesländern falsch ist. Wie hoch mag da die Fehlerquote in den neuen Bundesländern sein, wo die Sachbearbeiter noch Lernende sind und sich „im finsteren Wald bundesdeutscher Bürokratie" noch kaum zurechtfinden?

Die Eltern, die sich bei dieser Veranstaltung zum ersten Male trafen, wollen eine Selbsthilfegruppe gründen; denn die Schwere dieser Behinderung und die vielfältigen Probleme, die sich daraus für die Familie ergeben, machen eine breite Kommunikation erforderlich.

Behinderte, betroffene Angehörige oder interessierte Personen, die in der ASBH-Selbsthilfegruppe mitarbeiten möchten, wenden sich an:

Helga Heise
Jahnstraße 43
O-2000 Neubrandenburg
Telefon: 4 18 72

Ganz herzlich bedanken möchten sich auf diesem Wege über die STÜTZE die Eltern bei den Mitarbeiterinnen des KBZ Neubrandenburg, Frau Stefan und Frau Rüther, die die Räumlichkeiten des Zentrums kostenlos zur Verfügung stellten und weiterhin Unterstützung geben werden.

ANMERKUNG

Die Redaktion dankt Frau Heise herzlich für diesen interessanten Beitrag und wünscht viel Erfolg beim Aufbau der Selbsthilfegruppe. Für alle, die noch detailliertere Informationen zu diesem Thema wünschen:

Arbeitsgemeinschaft Spina bifida und Hydrocephalus e.V.
Feldstraße 31
W-5750 Menden
Telefon: 02373 / 67576

Zum unerschöpflichen Thema Telebus

Als Reaktion auf den Artikel von M. Marquard „Angriffe auf unsere Mobilität" (Heft2/92) sandte uns Frau Gardt aus Berlin die Kopie eines Schreibens an Herrn Staatssekretär Tschoepe. Darin heißt es unter anderem: „Ein Problem bereitet mir große Sorge, obwohl es uns Telebusberechtigte in den östlichen Stadtbezirken noch nicht betrifft: Sie haben verfügt, daß diejenigen, die einen Antrag auf Taxi-Coupons gestellt haben, nur einen Tag vor Fahrtantritt bzw. am selben Tag eine Telebusfahrt buchen können. Sie gehen bei dieser Verfügung pauschal davon aus, daß alle diese Personen umsetzbar sind. Ich habe auch einen Antrag auf Taxi-Coupons gestellt, bin aber nicht umsetzbar. Es gibt bei uns einige Taxiunternehmen, die auch über Rollstuhltaxis verfügen, allerdings ohne solchen Service wie Treppenhilfe usw. Man bekommt oftmals auch die erforderlichen Termine nicht, da diese Unternehmen in den Abhol- und Bringedienst für behinderte Kinder eingebunden sind. Sollte diese Taxibestimmung unbesehen und undifferenziert auf den östlichen Teil der Stadt übertragen werden, müßte ich meinen Antrag zurückziehen."

Anmerkung der Redaktion

Liebe Frau Gardt!
Nach Auskunft von Martin Marquard vom Spontanzusammenschluß „Mobilität für Behinderte" hat die Senatsverwaltung die von ihnen angesprochene Regelung versuchsweise wieder aufgehoben (natürlich wieder einmal ohne vorherige Bekanntgabe!).Zur Zeit gibt es für den Ostteil weder diese noch irgend eine andere Regelung, d.h., alle können spontan den Telebus bestellen. Regelmäßige Infos zu diesem Thema bietet der Rundbrief des Spontanzusammenschlusses. Wenn Sie diesen zugeschickt bekommen möchten, wenden Sie sich doch an

Martin Marquard
Eschwegering 3,
W-1000 Berlin 42
Telefon: 849 / 786 51 08 (nur tagsüber)

Gleich, in welche „Richtung" der Telebus und die Teletaxen „abfahren" werden - DIE STÜTZE bleibt an diesem unerschöpflichen Thema jedenfalls dran.

Poetenabend

In unserem Beratungszentrum des Behindertenverbandes im Ärztehaus erlebten mein Mann und ich bereits zum dritten Male einen Poetenabend. Trotz seiner umfangreichen Arbeit war der Landtagspräsident Rainer Prachtl zu diesem Termin bei uns zu Besuch.
Ich wußte gar nicht, daß Herr Prachtl auch Gedichte und Erzählungen schreibt. Daher waren wir auch gespannt und neugierig. Nun kann ich sagen, daß dieser Abend für mich ein besonderes Erlebnis geworden ist. Herr Prachtl trug uns eigene schöne Gedichte vor - so zum Beispiel über Skulpturen von Ernst Barlach. Für mich waren aber auch die Gedichte, die sich mit unserer Zeit und mit unserem Leben auseinandersetzten, sehr wichtig. „Dialog", dieses Gedicht gefiel mir ganz besonders.

Auf meine Bitte hin trug Herr Prachtl diese Verse den Anwesenden ein zweites Mal vor.
Tief beeindruckt waren wohl auch alle Gäste von der Erzählung „Erbarmen und Versöhnung", die uns der Autor in Auszügen vorlas. In diesem Büchlein hat Herr Prachtl das verdienstvolle Leben der französischen Nonne Schwester Elisabeth gewürdigt und für uns aufgearbeitet.
Es war sehr angenehm, seinen literarischen Ausführungen zu folgen.
Ein herzlicher Dank sei an Herrn Prachtl gerichtet für seine erläuternden Antworten auf eine Reihe von Tagesfragen, die bei dieser Gelegenheit an ihn gerichtet werden konnten.
Elsa und Otto Altmann
Neubrandenburg

Rainer Prachtl

Dialog

Dialog heißt nicht
ich belehre dich
oder
du mußt gehorchen

Dialog heißt
dich anhören
dir zuhören

Dialog heißt
es gibt keine Sieger
es gibt keine Besiegten

Dialog heißt
jeder wird verständiger
jeder wird klüger
jeder trägt Verantwortung

Große Klasse - diese Schulklasse

Sieger im großen Malwettbewerb zum Thema „Kinder malen Ausländer" waren 14 zum Teil schwer sehbehinderte Schüler der beiden 4. Klassen der Heimholtz-Schule in Halle.
Das Preisausschreiben war u.a. vom Kultusministerium und vom Ministerium für Arbeit und Soziales sowie vom Ausländerkreis der Kirchen im November 1991 initiiert worden.
Mehr als 1000 Schüler aus Sachsen-Anhalt nahmen daran teil.
Die Sieger des Wettbewerbes sind die Hallenser Viertklässler. Und ihren Preis in Höhe von 1500,00 DM können sie gut gebrauchen; denn im Mai heißt es: Auf zur Kur nach Lögel im Emsland!
Gudrun Spitzer

Andrea und Margit
- zwei Mädchen berichten

Wer wagt, gewinnt!

Ende November beteiligten sich die vierten Klassen der Helmholtz-Schule Halle an einem Malwettbewerb. „Kinder malen Ausländer" war das Thema.
Wir hatten einen drei Meter langen Wandfries gemalt, auf dem wir ausländische Kinder in ihren Trachten zeigten.
Am Freitag, dem 6.3.1992, fuhren wir nach Magdeburg ins Bischöfliche Amt. Dort fand die Preisverleihung statt. Der erste Preis waren 1500,00 DM.
Zum Dank zeigten wir ein Programm mit Liedern aus aller Welt. Als die Preisverleihung vorbei war, gingen wir noch in den Dom.
Andrea Knabe, 10 Jahre
Sehschwachenschule in Halle

Unser Glück!

Wir besuchen die Sonderschule für Blinde und Sehbehinderte in Halle.
Frau Spitzer, unsere Lehrerin, brachte im November 1991 einen Artikel mit, der hieß „Kinder malen Ausländer". Wir hatten das Thema gerade in der Schule, also einigten wir uns, mitzumachen. Wir haben viel gebastelt, alles auf einen Wandfries aufgeklebt und noch etwas dazu geschrieben. Dann ging die Post ab. Nach einer Weile kam alles wieder zurück. Wir schickten es noch einmal ab; danach kam es nicht wieder zurück.
Wir hatten schon nicht mehr an unsere Zeichnungen gedacht. Am Donnerstag, den 5.3.1992, sollten wir in Frau Spitzers Klassenraum kommen. Da hat sie uns lachend angesehen und sagte, daß wir den 1. Preis gewonnen haben.
Dann war die Preisverleihung. In einem VW-Bus fuhren wir mit der ganzen Klasse nach Magdeburg. Wir machten eine Rast; denn wir sind zwei Stunden gefahren. Als wir dort waren, wurde uns der Preis übergeben. Wir freuten uns riesig und waren ganz neugierig, was unser Preis war. Der Pfarrer sagte, die Kinder der Helmholtz-Schule Halle haben 1500,00 DM gewonnen. Vor Freude sind wir fast an die Decke gesprungen. Nach der Preisverleihung gingen wir in den Dom. Er war sehr schön.
Dann sind wir wieder nach Hause ins Internat zurück. Ich wäre am liebsten aber noch ein Weilchen in Magdeburg geblieben.
Margit Büsemeyer, 10 Jahre

*

Die Bilder von Margit und Andrea werden wir in einer der nächsten Ausgaben vorstellen.

Verdienter Ruhestand

Der Leiter des Evangelischen Diakonissenhauses Teltow bei Potsdam, Ulrich Scheel, geht nach 30jähriger Tätigkeit in wohlverdienten Ruhestand.
Die Teltower Einrichtung ist eine Ausbildungsstätte für kirchliche Schwestern und Pfleger im diakonischen Bereich. Das bedeutet Altenpflege und schließt die Arbeit mit Menschen unterschiedlicher Behinderungen ein. Die Ausbildung dauert bei der Kirche ein Jahr länger und endet mit dem inzwischen staatlich anerkannten Fachabschluß.
Nachfolger Ulrich Scheels wird der 49jährige Gemeindepfarrer Rainer Bookhagen aus Berlin-Tempelhof.
Zur Einrichtung gehören auch Wohnheime für Menschen mit und ohne Behinderungen, eine Heilerziehungsschule, eine Sonderpädagogische Schule wie auch eine Schule für Wirtschaftsdiakonie.
Stephan Labotzki
Berlin

Kritisch, kämpferisch und aufregend

Seit ihrer ersten Ausgabe gehöre ich zu den Lesern des Journals DIE STÜTZE. Ich habe seine Entwicklung mit großem Interesse und großer Sympathie verfolgt und möchte den Redakteurinnen und Redakteuren mein Kompliment für ihren Mut, ihren Elan und ihren Kampfgeist aussprechen.
Der Meinung von Guntram Hoffmann aus Weißenfels kann ich nicht zustimmen. Zwar bereiten auch mir die Beiträge über Euthanasie/Eugenik großes Unbehagen, das wird wohl kaum einem Menschen mit Behinderungen anders gehen. Allerdings macht mich nicht die Häufigkeit dieser Beiträge wü-

tend, sondern die Tatsache, daß es wieder - oder immer noch - Leute gibt, die laut darüber nachdenken, menschliches, behindertes Leben zu verhindern oder gar zu vernichten. Dieser Umstand bereitet mir nicht nur Unbehagen - er erschüttert mich! Das Thema wird in unserem Journal auch nicht künstlich hochgespielt, sondern in der sonstigen Presse nur verschwiegen. Und was die schlafenden Hunde betrifft, die nicht geweckt werden dürfen, so wollen wir nicht vergessen, daß zu langes Schweigen, das Verharmlosen von Gefahren schon einmal Millionen Menschen zum Verhängnis geworden ist, darunter eben auch vielen, vor allem geistig behinderten Menschen. Daß es keine „schlafenden Hunde" sind, beweisen ja gerade Äußerungen wie die eines Herrn Singer.

Der Schwerpunkt der STÜTZE sollte auch weiterhin auf sozialpolitischen Themen liegen, denn mit diesen kommen wir täglich - ob bewußt oder unbewußt - in Berührung. Gesetze, die uns betreffen, in der STÜTZE zu veröffentlichen, finde ich sehr gut. Notwendig sind auch die Kommentierungen dazu, da Gesetze fast immer sehr schwer für Laien verständlich sind. Mit dem Kauf der STÜTZE kann man so das Geld für den Kauf ganzer Rechts-Broschüren sparen und bei Unklarheiten jederzeit nachfragen.

Ich kann verstehen, daß dem einen die Auseinandersetzung mit Problemen wie einem Anti-Diskriminierungsgesetz oder einem Pflege-Assistenz-Gesetz leichter, dem anderen wesentlich schwerer fällt. Deshalb sollte man aber nicht das Niveau unseres Journals herunterschrauben. Man kommt bekanntlich nur weiter, wenn man sich an Höherem orientiert. Ich lege z.B großen Wert darauf, daß wir schwierige Fremdwörter möglichst vermeiden oder erklären.

Berichte über gemeinsame Feiern, Reisen, Sportveranstaltungen u.a. gehören mit in die STÜTZE, sollten aber das bisherige Maß nicht überschreiten. Wo wirklich neue Anregungen gegeben werden, begrüße ich solche Artikel sehr. Wenn es aber darum geht, anderen zu zeigen, daß man wieder mal zusammen war, empfinde ich das für die STÜTZE als zu wenig nutzbringend. Solche Veranstaltungsberichte wären meines Erachtens in der Lokalpresse besser aufgehoben, denn da würden auch gleich die Nicht-Behinderten ein Signal erhalten: Seht her, wir sind da! Gerade der Bericht von der Weihnachtsfeier, den Guntram Hoffmann seinem Brief beigelegt hat, wäre in der Lokalpresse wesentlich günstiger gewesen. Die Wirtsleute würden sich über ein öffentliches Lob sicher sehr freuen. Vielleicht wäre sogar so ein Bericht für manch anderen Anregung, ähnliches zu tun.

Ich möchte, daß die STÜTZE ein Journal bleibt, das den Meinungsstreit zu allen Themen fördert, mit denen sich Menschen mit Behinderungen auseinandersetzen müssen. Wir brauchen eine kritische STÜTZE, die uns hilft, unsere Rechte in der Gesellschaft einzuklagen, die uns rechtzeitig darauf aufmerksam macht, wo man uns über den Tisch ziehen will und was man dagegen tun kann.

Eine STÜTZE, die nicht kämpferisch, ungeduldig und manchmal auch unbequem ist, würde verarmen. Ihr Geist, ihr Mut für Probleme und Interessen Behinderter einzutreten, würde sich nach und nach zurückbilden, ihr errungenes Selbstbewußtsein schrumpfen.

Eine STÜTZE, die nicht mehr aneckt, weil sie sich nicht mehr einmischt, wäre für meine Begriffe ihr Geld nicht mehr wert.

Marina Schmidt
Chemnitz

Zeitungsdrucksache / Postvertriebsstück 2A 11336 D

UVA, PF 106, O-1040 Berlin
Gebühr bezahlt 1
Andrea Schatz
Borkumstr. 22
O-1100 Berlin

Das letzte Wort

Das ist die klarste Kritik der Welt, wenn neben das, was ihm mißfällt, einer was Eigenes, Besseres stellt.

Emanuel Geibel

Die Redaktion wünscht allen STÜTZE-Lesern

EINEN SCHÖNEN MAI